

Einwohnerrat Pratteln

Votenprotokoll Nr. 463

Einwohnerratssitzung vom Montag, 28. August 2017, 19.00 Uhr
in der alten Dorfturnhalle

Anwesend	35 Personen des Einwohnerrates 7 Personen des Gemeinderates
Abwesend entschuldigt	Einwohnerrat: Marc Bürgi, Andrea Klein, Dieter Schnetzer, Erich Schwob und Claude Weisskopf Gemeinderat: -
Vorsitz	Emil Job
Protokoll	Joachim Maass
Weibeldienst	Martin Suter

Bereinigtes Geschäftsverzeichnis

1. Ersatzwahl für die Geschäftsprüfungskommission für den Rest der Amtsperiode: Franziska Senn, UG, anstelle von Fabienne Zahnd 3067
2. ~~Planungspostulat der Fraktion der Unabhängigen und Grünen, Christoph Zwahlen und Emil Job, zum Aufgaben- und Finanzplan 2018/19, 14 Verkehr und öffentliche Anlagen: Definitiver Betrieb eines Ortsbusses ab Fahrplanwechsel Dezember 2018~~ 3066
3. Totalrevision Polizeireglement – 2. Lesung 3054
4. Beantwortung Postulat der BPK, Gert Ruder, betreffend „Umgang mit Hecken, Schutzbepflanzungen und ökologischen Vernetzungsachsen im Siedlungsgebiet“ 2993
5. Teilrevision des Personalreglements – 1. Lesung 3041
6. Postulat der SP-Fraktion, Fabian Thomi, betreffend „Aktuelle Fröschi-Unterführung als Ort der Gestaltung und legaler Graffiti-Kunst“ 3040
7. Postulat der SP-Fraktion, Hasan Kanber, betreffend „Kinderfreundliche Gemeinde“ 3046
8. Beantwortung Interpellation der Fraktion der Unabhängigen und Grünen, Petra Ramseier, betreffend „Illegales Deponieren bei Sammelstellen“ 3051
9. Beantwortung Interpellation der SVP-Fraktion, Simon Schärer, betreffend „Geschwindigkeitskontrollen“ 3052
10. Postulat der SVP-Fraktion, Urs Schneider, betreffend „Einhaltung der Schutzziele auch Tagsüber“ 3053
11. Beantwortung Postulat der Unabhängigen Pratteln, Benedikt Schmidt, betreffend „Biologische Rasenpflege“ 2953

- | | | |
|-----|--|------|
| 12. | Beantwortung Postulat der Unabhängigen und Grünen, Fabienne Zahnd, betreffend „Sicherer Schulweg zum Grossmattschulhaus, vom Weiherweg her kommend“ | 3023 |
| 13. | Teilrevision Reglement über die Vergütung an Behörden, Kommissionen und nebenamtliche Funktionen der Gemeinde Pratteln (Behördenreglement) – 1. Lesung | 3036 |
| 14. | Beantwortung Interpellation der SP-Fraktion, Gert Ruder, betreffend „Salina Raurica: Wie ist der Stand der Dinge?“ | 3056 |
| 15. | Postulat der SP-Fraktion, Marcial Darnuzer, betreffend „Zugang Sandgruben ab Rütliweg“ | 3057 |
| 16. | Beantwortung Interpellation der SVP-Fraktion, Urs Schneider, betreffend „Hochwasserschutz in Pratteln“ | 3058 |
| 17. | Beantwortung Interpellation der FDP-Fraktion, Andreas Seiler, betreffend „S-Bahn Haltestelle Buholz / Rankacker“ | 3061 |
| 18. | Postulat der FDP-Fraktion, Thomas Sollberger, betreffend „Energieerzeugende Fassade für das Schulhaus Längli“ | 3062 |
| 19. | Beantwortung Interpellation der Fraktion der Unabhängigen und Grünen, Patrick Weisskopf, betreffend „Rettung aus Hochhäusern bei Brandfall“ | 3064 |
| 20. | Beantwortung Interpellation der Fraktion der Unabhängigen und Grünen, Patrick Weisskopf, betreffend „Beschattete Parkplätze beim Schwimmbad“ | 3065 |
| 21. | Fragestunde (nach der Pause) | |

Begrüssung durch Emil Job, Präsident

Liebe Einwohnerrätinnen, liebe Einwohnerräte, liebe Gemeinderätin, liebe Gemeinderäte, liebe Presse und geschätztes Publikum. Ich begrüsse sie zur 463. Einwohnerratssitzung. Speziell begrüsse ich Franziska Senn, die für Fabienne Zahnd nachgerückt ist.

Präsenz

Es sind zurzeit 35 Personen des Einwohnerrates anwesend und der Rat ist beschlussfähig. Das einfache Mehr beträgt 18, das 2/3-Mehr 24 Stimmen.

Mitteilungen

- **Der ehemalige Einwohnerrat Felix Pfirter**, FDP, Mitglied im Einwohnerrat vom 1. Januar 1986 bis 31. Dezember 1989 und nachgerückt für Hans Rudolf Gysin, ist am 10. August 2017 verstorben. (Die Anwesenden erheben sich für eine Schweigeminute.)
- Das Büro hat die **Vorgaben an den Gemeinderat für seine Mitteilungen im Einwohnerrat** noch einmal diskutiert und entschieden, dass dafür ein Zeitfenster von 15 Minuten zur Verfügung steht mit einer Präsentation von maximal 5 Folien. Personelle Mitteilungen sollen nicht an der öffentlichen Einwohnerratssitzung kommuniziert werden, weil

das Büro der Meinung ist, dass es dazu andere Wege gibt. Der Gemeinderat hat mitgeteilt, dass er unter diesen Umständen keine Mitteilungen macht.

- **Die Einwohnerratssitzung vom 27. November 2017** wird im KUSPO abgehalten.

- **Es liegen auf:**

- die neue Sitzordnung;
- die schriftliche Beantwortung der Interpellation der Fraktion der Unabhängigen und Grünen, Patrick Weisskopf, betreffend Rettung aus Hochhäusern im Brandfall, Geschäft 3064;
- das Faltplatat „Meine Zeit im Jugi“, 40 Jahre Jugendtreffpunkt Pratteln;
- die Broschüre „Europäische Tage des Denkmals, 9./10. September in Pratteln.

Neue parlamentarische Vorstösse

- Postulat der FDP-Fraktion, Urs Baumann, betreffend „Einstellhalle unter dem alten Feuerwehrmagazin“ vom 21. August 2017
- Postulat der SP-Fraktion, Kurt Lanz, betreffend „Bereitstellung von Ladestellen für Elektrofahrzeuge“ vom 25. August 2017
- Postulat der SP-Fraktion, Marcial Darnuzer, betreffend „Sanierung/Renovation der gemeindeeigenen Gebäuden“ vom 25. August 2017

Bereinigung des Geschäftsverzeichnisses

Das Büro empfiehlt, Traktandum 2, Geschäft 3066 aus dem Geschäftsverzeichnis zu entfernen, weil die Planungspostulate in der Sitzung vor der Behandlung des AFP gesammelt behandelt werden.

Abstimmung über das bereinigte Geschäftsverzeichnis

://: Der Rat stimmt dem bereinigten Geschäftsverzeichnis mit grossem Mehr zu.

Es gibt keine weiteren Bemerkungen zum Geschäftsverzeichnis und daher wird nach dem bereinigten Geschäftsverzeichnis verfahren.

Beschlüsse

Geschäft Nr. 3067

Ersatzwahl für die Geschäftsprüfungskommission für den Rest der Amtsperiode: Franziska Senn, UG, anstelle von Fabienne Zahnd

Aktenhinweis

- Steckbrief vom 10. August 2017

Weitere Wahlvorschläge liegen nicht vor und auch an der Sitzung wird kein weiterer Vorschlag gemacht. Der Einwohnerrat wählt daher in stiller Wahl als Mitglied der Geschäftsprüfungskommission für den Rest der Amtszeit bis 30. Juni 2020:

://: Franziska Senn, UG

Geschäft Nr. 3054

**Totalrevision Polizeireglement
– 2. Lesung**

Aktenhinweis

- Entwurf Polizeireglement für die 2. Lesung mit Datum vom 23. Mai 2017

GR Urs Hess beantwortet die Fragen aus der 1. Lesung: Der Bussenkatalog weist nun die korrekten Nummern auf. Littering liegt in der Kompetenz des Gemeinderates und er kann die Bussen entsprechend erhöhen. § 15 Öffentliches Ärgernis: Polizei, Gemeinderat und Bussenausschuss definieren das Ausmass des Begriffes „stören“. Zuerst wird ermahnt und dann weggewiesen; dies geschieht natürlich mit Augenmass. Was ist „Öffentliches Ärgernis“? Dies ist das, was in der Öffentlichkeit Ärger erregt und auch hier kann man den Rechtsweg beschreiten. Schneefall und Glatteis: Pratteln besitzt 32 km Trottoir, die die Gemeinde räumt und dies sind alle Trottoirs. Der Kompetenzstreifen befindet sich teilweise in Privateigentum und wird nicht speziell geräumt. Wenn dies so bleibt, entstehen keine zusätzlichen Kosten. Haftung: Die Gemeinde ist Werkeigentümer und somit haftbar und nicht der Grundeigentümer. Aufhebung bisherigen Rechts in § 41: Wir führen zwei Reglemente zusammen und müssen daher beide Reglemente nachvollziehbar ändern und eines davon wird aufgehoben. Somit ist die Überführung ins kommunale Polizeireglement geregelt und auch für unsere Nachkommen nachvollziehbar.

2. Lesung

- § 1 Geltungsbereich
- § 2 Polizeiorgane
- § 3 Grundsätze polizeilichen Handelns
- § 4 Kostenersatz
- § 5 Polizeiliche Anordnungen und Vorladungen
- § 6 Befragung
- § 7 Anhalterecht und Identitätsfeststellung
- § 8 Ausweispflicht der Gemeindepolizei
- § 9 Wegweisung und Fernhaltung; Störung der Sicherheitsorgane
- § 10 Polizeiliche Durchsuchungen
- § 11 Zutrittsrechte

§ 12 Polizeilicher Zwang

§ 13 Delegation an Private

§ 14 Wiederherstellung des rechtmässigen Zustandes

Keine Wortmeldungen zu den §§ 1-14.

§ 15 Öffentliches Ärgernis

Mauro Pavan: Ich danke GR Urs Hess für die Antwort auf die Frage, wer bestimmt, was „Störung“ ist. So wie ich verstehe, ist dies die Polizei. Trotzdem wiederhole ich den Antrag § 15 Abs. 3 ersatzlos zu streichen, den es überhaupt nicht braucht. „Stören“ ist für mich, rechtlich gesehen, ein schwammiger Begriff und gehört so nicht in ein Reglement. Heute wurde nun von „Öffentlichem Ärgernis“ gesprochen. Dieses ist bereits im Strafgesetz geregelt und stellt einen Straftatbestand dar, genau wie die Beispiele, die letztes Mal genannt wurden, als es um Gewalttätigkeit und Schlägereien ging. Weil es schon im Strafgesetz geregelt ist, braucht es in unserem Polizeireglement keinen Absatz dafür.

Antrag Mauro Pavan

GR Urs Hess: Ich bitte, den Paragraphen beizubehalten. Es geht darum, dass man öffentliche Veranstaltungen nicht stört und eine Störung auch ahnden kann. Letzten Samstag auf dem Schmittiplatz war ein Fest, als plötzlich jemand kam und Kracher abliess. So eine Person sollte man packen können. Darum bitte ich euch, den Paragraphen zu belassen.

Mauro Pavan: Dies ist erneut ein Beispiel, dass gemäss unserer Rechtsordnung dieser Absatz gar nicht notwendig ist. Feuerwerk ablassen ist bereits verboten, ausser zu festgelegten Zeiten, was wir an anderer Stelle bereits geregelt haben. Mir fällt immer noch kein Beispiel ein, wo dieser Absatz tatsächlich notwendig ist. Für mich öffnet er Tür und Tor für Willkür und darum bitte ich euch, meinem Antrag zuzustimmen und Abs. 3 zu streichen.

Petra Ramseier: Mauro Pavan: Ich glaube, wir behandeln hier ein Gemeindereglement, damit man Bussen aussprechen kann. Zum direkten Aussprechen einer Busse braucht man ein Gemeindereglement und alles andere läuft über eine Anzeige. Dies ist meine Interpretation; ich bin mir aber nicht sicher, ob es so richtig ist.

GR Urs Hess: Petra Ramseier sieht es richtig und es ist so, wie sie soeben gesagt hat.

Abstimmung über den Antrag Mauro Pavan

://: Der Rat lehnt die Streichung von § 15 Abs. 3 mit 21 Nein zu 12 Ja bei 2 Enthaltungen ab.

Fortsetzung der Lesung

§ 16 Schusswaffenähnliche Instrumente und Schiesspulver

§ 17 Abbrennen von Feuerwerk

§ 18 Benützung öffentlichen Grundes

§ 19 Benützung von gemeindeeigenen Gebäuden und Anlagen

§ 20 Verunreinigungen und Beschädigungen

§ 21 Fahrende und Camping

§ 22 Plakatierung

§ 23 Pflanzen und Zäune

§ 24 Sammlungen und Betteln

§ 25 Gelegenheitswirtschaftspatente

§ 26 Videoüberwachung

Keine Wortmeldungen zu den §§ 16-26.

§ 27 Ruhezeiten

GR Urs Hess: In der letzten Sitzung gab es umfangreiche Diskussionen, wann die Nachtruhe zeitlich beginnen soll. Der Gemeinderat ist nach wie vor der Auffassung, dass die Nachtruhe die ganze Woche ab 23.00 Uhr anfängt, wie in der 1. Lesung beantragt. Dies hilft uns auch etwas bei der Ahndung der Vergehen, weil, gerade in der warmen Jahreszeit, sehr viele Leute draussen sind. Wenn sich jemand auf dem Sitzplatz aufhält, laut redet und andere Leute stört, so beginnt dies schon um 22.00 Uhr. Ich bitte euch daher, zuzustimmen, dass die Nachtruhe um 23.00 Uhr beginnt.

Antrag GR, Urs Hess

Walter Keller: 25 Ja, 9 Nein und 2 Enthaltungen war das Ergebnis der Abstimmung über meinen Antrag in der 1. Lesung zu diesem Geschäft und ich dachte nicht, dass ich nochmals hier vorne stehe wegen desselben Geschäftes. Für mich ist wichtig, dass ich nicht nur eine bestimmte Menschengruppe anspreche, sondern die gesamte Prattler Bevölkerung. Dies beginnt in der Längi und hört im Kästeli oder der Lachmatt auf. Dies umfasst diejenigen, die gerne Spass bis in die Nacht haben und auch diejenigen, die Ruhe brauchen, weil sie am Morgen zur Arbeit oder in die Schule müssen. Darum gibt es für mich nur den Kompromiss, wie er in der 2. Lesung geschrieben ist mit einer Nachtruhe Sonntag bis Donnerstag ab 22.00 Uhr und Freitag und Samstag ab 23.00 Uhr.

Andreas Seiler: Seit der letzten Diskussion über dieses Thema konnten wir noch einmal darüber nachdenken und auch diskutieren. Im Namen der Mehrheit der FDP-Fraktion empfehle ich daher, dem Antrag des Gemeinderates zuzustimmen und damit wieder auf die ursprüngliche Fassung zurückzukommen.

Patrick Weisskopf: Wir standen das letzte Mal für die früheren Ruhezeiten ein, was ein Bedürfnis der Bevölkerung ist, weil es auch innerhalb der Gebäude und Wohnungen gilt. Wir haben gefunden, dass durch die veränderten Gewohnheiten der Menschen der Kompromiss, an den Wochenenden länger machen zu können, gut ist und wir unterstützen daher die Kompromisslösung auch weiterhin.

Abstimmung über den Antrag des Gemeinderates, Urs Hess

://: Der Rat lehnt den Antrag des Gemeinderates mit 22 Nein zu 11 Ja bei 2 Enthaltungen ab.

Fortsetzung der Lesung

§ 28 Lärmerzeugende Tätigkeiten

§ 29 Fasnacht, Marschübungen und Bummel

§ 30 Abfallentsorgung

§ 31 Lichtimmissionen

§ 32 Tierkadaver

§ 33 Fahrverbote und Verkehrsbeschränkungen

§ 34 Wegschaffen von Fahrzeugen und Gegenständen

§ 35 Rettungs- und Löscheinrichtungen

§ 36 Bewilligungsverfahren

§ 37 Beschwerdeverfahren

§ 38 Strafbestimmungen

§ 39 Ordnungsbussenverfahren

§ 40 Kautionen

§ 41 Aufhebung bisherigen Rechts

§ 42 Inkrafttreten

Keine Wortmeldungen zu den §§ 28-42.

Schlussabstimmung

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: Die Totalrevision des Polizeireglements (PoLR) wird genehmigt.

Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum. Ablauf der Referendumsfrist:
30. Oktober 2017

Geschäft Nr. 2993

Beantwortung Postulat der BPK, Gert Ruder, betreffend „Umgang mit Hecken, Schutzbepflanzungen und ökologischen Vernetzungsachsen im Siedlungsgebiet“

Aktenhinweis

- Antrag des Gemeinderates vom 14. Februar 2017

GR Rolf Wehrli: Wir sind zuversichtlich, das Postulat der BPK unter dem damaligen Präsidium von Gert Ruder, zufriedenstellend beantwortet zu haben. Die Antwort liegt schriftlich vor und für weitere Auskünfte stehe ich gerne zur Verfügung.

Kurt Lanz: Ich war damals auch Mitglied der BPK und nehme zu den Antworten des Gemeinderates wie folgt Stellung: Zu Frage 1: Wie der Schutz gewährleistet wird, ist nicht wirklich beantwortet. Nur Vorschriften und Reglemente zu erstellen oder im Zonenplan rechtsgültig einzutragen, ohne es zu kontrollieren, nützt nichts. Wie in Salina Raurica bewiesen, kann man es aufschreiben, aber ohne Kontrollen hat man nicht wirklich etwas unternommen. Zu Frage 2: Wenn man flächengleichen Ersatz bietet, weil an anderem Ort etwas weggenommen wurde, ist dies mit grösster Wahrscheinlichkeit nicht zielführend, wenn es um Vernetzungsachsen geht. Man kann doch nicht ein Stück wegnehmen und das Gefühl haben, die Vernetzung sei immer noch vorhanden. Zu Frage 3: Auf die Frage wo und bis wann genau - bis Ende Jahr beispielsweise - habe ich keine Antwort gefunden. Wir machen zwar etwas, aber zu einem Termin gibt es keine Antwort. Zu Frage 4: Auch hier wird auf den Fragenteil „wann“ nur sehr bedingt eingegangen und so haben sich neue Fragen ergeben: Wann ist die Erweiterung der ARA abgeschlossen? Gibt es hierzu einen Termin? Es wird ja immer weiter gebaut und findet nie ein Ende? Wann ist der erwähnte Strassenabschnitt (Holzkraftwerk) fertig erstellt? Braucht es Übergangslösungen für die Vernetzungsachsen? Obwohl wir, die SP-Fraktion und ich, mit den Antworten nicht wirklich zufrieden sind, werden wir der Abschreibung zustimmen, damit wir später wieder neue Fragen stellen können. Wirklich beglückt sind wir mit den Antworten nicht.

Benedikt Schmidt: Ich danke für die Antwort auf den Vorstoss der BPK. Wir haben seinerzeit dieses Thema in der BPK mit Vertretern der Abteilung Bau-, Verkehr und Umwelt besprochen und haben schon damals keine Antworten erhalten, die uns wirklich befriedigt haben. Wir haben nun mehr Antworten, aber ich persönlich finde sie nicht sehr befriedigend und Kurt Lanz hat dazu schon diverse Gründe genannt. Die Antwort ist rein aus Sicht eines Raumplaners geschrieben und so wird beispielsweise das Natur- und Heimatschutzgesetz ignoriert, das aussagt, dass Hecken schützenswerte Lebensräume sind, die nicht einfach ersatzlos beseitigt werden dürfen. Insofern ist klar, dass ein Ersatz für alle Hecken benötigt wird, und nicht nur für diejenigen, die im Zonenplan eingetragen sind. Das Natur- und Heimatschutzgesetz schützt alle Hecken. Auch das Jagdgesetz

sieht Bussen vor, falls jemand eine Hecke widerrechtlich entfernt. „Irgendwann kommt der Ersatz dann schon“ ist sinngemäss als Antwort enthalten. Es ist nicht klar, wann er kommt und stellt die Sichtweise des Raumplaners dar, der gerne plant. Eine Hecke stellt aber auch einen Lebensraum für diverse Tiere und Pflanzen dar und wenn dieser Lebensraum gerodet wird, ist er weg und man kann nicht fünf oder zehn Jahre warten, bis der Ersatz vorhanden ist. Man kann die Gemeindeverwaltung ja auch nicht heute abreissen und sagen, dass in fünf Jahren eine neue gebaut wird und in der Zwischenzeit muss man selber schauen, wo man arbeiten will. Das ist dieselbe Logik. In der Antwort steht, dass die Hecke ja nicht komplett gerodet wurde und noch ein Rest vorhanden sei. Diese Antwort ist absolut unbefriedigend, weil die Hecke in ihrer gesamten Fläche erhalten werden muss und nicht nur ein Reststück. Daher werde ich dieser Abschreibung nicht zustimmen.

Andreas Seiler: Ich war auch in der BPK, als wir dieses Postulat erstellt haben. Wir haben Fragen an den Gemeinderat gestellt und ich stelle fest, dass die Fragen beantwortet sind. Ich stelle aber auch fest, dass nicht alle mit den Antworten einverstanden sind. Wir wollten wissen, was passiert ist und das ist das, was der Gemeinderat gesagt hat. Die FDP-Fraktion ist auf jeden Fall für Abschreiben und wo die Vernetzungsachsen hinkommen, haben wir im Zonenplan geregelt. Aber weil diese Hecken schon weg sind, muss man es gesondert anschauen. Auf jeden Fall ist das Postulat vom Gemeinderat meiner Meinung nach erfüllt und wir können es abschreiben.

Gert Ruder: Es ist wahrlich keine Fleissarbeit, die uns hier vorgelegt wurde. Benedikt Schmidt hat richtig gesagt, dass es aus der Sicht der Raumplanung mit anderen Interessen beantwortet wurde. Das Interesse, das die Gemeinde dem Natur- und Landschaftsschutz gegenüber haben sollte, wird hier völlig ausser Acht gelassen und der Gemeinderat spielt mit Vertrauen und Verantwortung dem Rat gegenüber, wenn er solche Antworten gibt. Trotzdem bin ich der Meinung, dieses Geschäft abzuschreiben, genau aus den Gründen, die Kurt Lanz genannt hat: Wenn es abgeschrieben ist, können wir in diese Richtung neue Vorstösse machen. Ich bin ausserordentlich enttäuscht, wie der Gemeinderat damit umgegangen ist. Ein weiteres Beispiel: Eine Hecke, die auf radikalste Art und Weise in der Sandgrube hinten am Tennisplatz gerodet wurde. Man hat alles abgeholzt und keine Teilbereiche stehen lassen, sodass der Lebensraum von Vögeln und Kleinlebewesen über eine grosse Strecke beseitigt wurde. Im Bereich der Spedition Sieber auf der Westseite gegen das ARA-Areal wurden einige m² Hecken gerodet und nun stehen dort Lastwagen. Es ist so, wie Kurt Lanz sagt: Wenn niemand kontrolliert, kann man auch nichts feststellen.

Christoph Pfirter: Die SVP-Fraktion dankt dem Gemeinderat für die Beantwortung. Wir können lange über Hecken diskutieren, aber wir wohnen hier in Pratteln und nicht im Jura. Wem es zu wenig grün ist, der muss woanders hin. Wir profitieren alle von der Agglomeration und dem Wirtschaftsboom und dann geht so etwas drauf, so leid es mir tut. Wenn jemand das Gefühl hat, er sehe zu wenig Grün, soll er doch Google-Aufnahmen ansehen und feststellen, wie grün Pratteln doch ist und teilweise sieht man die Häuser vor lauter Grün überhaupt nicht.

Abstimmung

Der Rat beschliesst mit 29 Ja zu 4 Nein bei 2 Enthaltungen:

://: Das Postulat Nr. 2993 wird als erfüllt abgeschrieben.

Geschäft Nr. 3041

Teilrevision des Personalreglements – 1. Lesung

Aktenhinweis

- Antrag des Gemeinderates vom 8. Februar 2017

GP Stephan Burgunder: Seit dem 1. Januar 2015 sind die aktiv Versicherten nicht mehr der PKBL, sondern der ASGA-PK angeschlossen. Zum Glück. Bei der PKBL sind unsere Rentner und Lehrer versichert. Die ASGA sieht in ihren Statuten eine paritätische Vorsorgekommission, bestehend aus Mitarbeitenden und Vorgesetzten vor. Die Kommission ist bereits seit längerem im Einsatz und nun muss das Reglement bei den Punkten Mitspracherecht und berufliche Vorsorge angepasst werden. Dies ist eine problemlose Anpassung und ich hoffe, der Rat kann entsprechend zustimmen.

Christine Weiss: Die SP-Fraktion erachtet die Änderung als nötig und in dieser Form auch als sinnvoll und wird auch zustimmen. Wir möchten vom Gemeinderat wissen, ob auch Mitglieder der Vorsorgekommission in den Stiftungsrat der ASGA-PK wählbar sind.

Eintreten ist unbestritten und es folgt die Diskussion.

GR Stephan Burgunder: Die Frage von Christine Weiss wird entweder auf die 2. Lesung oder bilateral beantwortet.

1. Lesung

§ 32 Mitspracherecht
§ 38 Berufliche Vorsorge

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen und die 1. Lesung ist beendet.

Geschäft Nr. 3040

Postulat der SP-Fraktion, Fabian Thomi, betreffend „Aktuelle Fröschi- Unterführung als Ort der Gestaltung und legaler Graffiti-Kunst“

Aktenhinweis

- Postulat der SP-Fraktion, Fabian Thomi, betreffend „Aktuelle Fröschi-Unterführung als Ort der Gestaltung und legaler Graffiti-Kunst“ vom 26. Januar 2017

GR Stefan Löw: Der Gemeinderat ist grundsätzlich einverstanden und will das Postulat entgegennehmen. Eine Bemerkung: Vor einigen Jahren hat der Einwohnerrat beschlossen, die mit Graffiti versehene Unterführung wieder zu säubern, möglichst hell anzustreichen und mit Lampen zu versehen. Dies wurde auch ausgeführt, aber mit dem vorliegenden Postulat würde etwas anderes beschlossen. Zur Renovation der Fröschi-Unterführung: Die Ausarbeitung der Varianten sollte im Oktober/November abgeschlossen sein und Ziel des Gemeinderates ist, bis Ende 2017 dem Einwohnerrat diesbezügliche Vorschläge zu unterbreiten.

Fabian Thomi (Postulant): Im Vorwort zum Katalog der Prattler Biennale steht: „Weitere 15 aus der sogenannten Young Urban Art-Sparte werden sich an zahlreichen Graffiti-

Wänden austoben und der industriellen Umgebung farbenfrohes Leben einhauchen.“ Und so sticht einem die blaue Wand schon von Weitem ins Auge. Dabei geht gerne vergessen, dass die Künstler auch einmal unten angefangen haben. Ihr künstlerisches und sprayerisches Können mussten sie sich aneignen und trainieren. Es wäre nur folgerichtig, wenn die Gemeinde gestalterischen Raum für nächste Generationen bieten würde, weil sonst Anlässe wie die Biennale für mich als heuchlerisch gelten und als erster solcher Raum ist die Fröschi-Unterführung naheliegend. Der sinnlose Teufelskreis zwischen Schmierereien und Blankstreichen soll unterbrochen werden. Weil die Unterführung in naher Zukunft eh neu gestaltet wird, führt das Ganze ins Absurde. Wenn die Wände wieder weiss gestrichen sind, dauert es sowieso nur einige Tage, bis erste Schmierereien auftauchen, die nicht von grosser Mühe und grossen Aufwand zeugen. Wenn das Sprayen in der Unterführung legal wäre, hätten die Sprayer mehr Zeit, was ihre Qualität steigert. Die Alternative wäre ein Schul- oder Kunstprojekt wie früher. Dies nimmt dem Argument der Dunkelheit Wind aus den Segeln. Der Nachteil eines solchen Projektes ist, und das hat die Vergangenheit auch gezeigt, dass auch über die Wasserwelt geschmiert wurde, worauf man sich bald wieder im Teufelskreis befunden hat. Darum ist die Legalisierung der einzige Ausweg aus dem widersinnigen Kreislauf. Wenn einem ein Werk nicht gefällt, wird es so wie so übermalt oder man darf auch selber zur Spraydose oder zum Pinsel greifen und seine Spuren hinterlassen. In diesem Sinn bitte ich den Einwohnerrat um Überweisung des Postulates.

Stephan Ebert: Einen Ort der Kunst schaffen ist nicht so einfach, wie man sich das vorstellt. Es dürfte also nach meinem Verständnis jeder die Wände nach seinem Gusto bemalen. Dies ist nicht so eine gute Angelegenheit. Man müsste also ein Reglement schaffen, eine Bewilligungsstelle einrichten und der Verwaltungsaufwand erhöht sich. Nicht jedes an die Wand gepinselte Bild ist auch eines, das der Öffentlichkeit gefallen würde. Wer entscheidet über die Motive und die Ausführung, Helligkeit, Farbenwahl usw.? Man müsste die Personen, die dort malen wollen, auch anhören und es wäre ein Schiedsgericht notwendig. Kurz, ich sehe einen grossen Verwaltungsaufwand. Nachkontrolle, Motivüberstreichung aufgrund einer Beschwerde. Wer trägt diese Kosten, falls beispielsweise jemand nur mit schwarzer Farbe malt? Dies war die eine Seite und nun kommt die andere Seite, die Umsetzung vor Ort. In dieser Unterführung ist es nicht besonders luftig. Stelle euch vor, dass der Maler ans Werk geht, eine bestimmte Zeit zur Verfügung hat und Farbstaub verursacht. Was passiert mit den Personen, die durchlaufen? Was mit Babys im Kinderwagen? Diese werden dem Staub ausgesetzt. Also müsste man während dieser Zeit die Unterführung sperren, was aber nicht geht. Zur Umweltverträglichkeit: Trotz allem gibt es einen erhöhten Farben- und Dosenverbrauch und eine Erhöhung der Abfallmenge. Summa summarum: Ein erhöhter Verwaltungsaufwand und viele offene Fragen für die kurze Zeit, die die Fröschi-Unterführung noch nicht saniert wäre. Deshalb ist die SVP-Fraktion für Nichteintreten und Nichtüberweisung.

Mauro Pavan: Zu Stephan Ebert: Ich staune, dass ausgerechnet jemand aus der SVP einen Verwaltungsaufwand heraufbeschwören will, den es meiner Meinung nach gar nicht gibt und der auch noch Gesundheitsbedenken hat. Meiner Meinung nach geht es um ein Experiment und man könnte das ausprobieren, weil es ja nur eine begrenzte Zeit dauert. Weiter haben wir von GR Löw gehört, dass die Vorlagen kommen und die Unterführung dann angegangen wird. Man kann auch auf den gesunden Menschenverstand vertrauen, der hier öfters beschworen wird, von denjenigen Personen, die dort malen werden. Und sonst kann man das Experiment abbrechen. Ich bitte euch also, das Postulat zu überweisen.

Jens Dürrenberger: Es ist sicher nicht die Meinung, einen Verwaltungsaufwand zu betreiben, denn Fabian Thomi hat gesagt, dass man es legalisiert und also kann jeder mitmachen. Mauro Pavan redet von einem Experiment, aber ein Experiment muss man nicht machen, wenn man schon im Voraus weiss, was herauskommt. Wir haben gehört, dass ja schon alles einmal da war. Die einen Sachen werden von den anderen übersprayed und am Schluss wird es hässlich sein. Wir haben das ja schon erlebt und es wird

sich in Zukunft nichts daran ändern. Darum bin ich dafür, dieses Experiment nicht zuzulassen, schon gar nicht mit dem Argument der Legalisierung. Dann könnte man ja auch anderes Legalisieren, was immer wieder illegal gemacht wird.

Christoph Zwahlen: Die Unabhängigen und Grünen können sich vorstellen, dieses Postulat an den Gemeinderat zu überweisen und sind gespannt auf die Antwort.

Fabian Thomi: Es gibt andere Orte, an denen legale Sprayerei durchgeführt wird wie beispielsweise im Schänzli in Muttenz und dort sehe ich keine schwarzen Wände und keine sinnlosen Parolen, sondern schöne Werke, die auch respektiert und später wieder übermalt werden. Dies zeigt, dass es schon funktioniert und das Felix-Plattner-Spital ist ein weiteres Beispiel. Wenn die Wände immer wieder weiss übermalt werden, ist ja auch jemand mit Farbe in der Unterführung, dann wird es auch eng und ob es nun ein Sprayer ist oder ein Malerbetrieb, ist egal. Die SVP-Fraktion kann auch gerne in den Jura gehen, dort gibt es keine Sprayereien.

Mauro Pavan: Jens Dürrenberger. Ich bitte dich, solch absurde Vergleiche, dass man beispielsweise auch Diebstahl legalisieren könnte, zu unterlassen und bei der Sache zu bleiben. Wir haben genau dies nicht in der Unterführung gehabt, nämlich, dass es legal war, an die Wand zu sprayen und dass jemand, der Talent für so etwas hat, sich Zeit nehmen und etwas Schönes gestalten kann. Er musste Angst haben, dass er erwischt wird und zur Hauptsache sind nur diejenigen gegangen, die nur schnell etwas hinkritzeln wollten. Die Erfahrung mit legalen Sprayspots hat gezeigt, dass in der Szene ein gewisser Respekt untereinander herrscht und ein gutes Werk nicht einfach übermalt wird.

Kurt Lanz: Ich komme ohne Krücken und ohne Rollator, obwohl ich hier der Älteste bin und schaue auf einen weiten Zeitraum zurück. Möglicherweise gibt es einige, die sich an Peter Schweizer selig erinnern. Peter Schweizer nahm an der TV-Sendung „Wetten dass..?“ teil und hatte eine Gruppe von Jugendlichen auf die Beine zu bringen und eine Wette zu gewinnen bzw. einen Eisenbahnwagen mit Graffiti voll zu spritzen, der im Jogeli stand. Peter Schweizer hatte seine Beziehungen in Pratteln und Fabian Thomi hat gesagt, dass man den Jugendlichen die Möglichkeit geben muss, so etwas zu machen und nicht erst, wenn Millionen von Leuten zusehen, wie unter der Leitung von Peter Schweizer Jugendliche einen Eisenbahnwagen anmalen. Peter Schweizer kam von Pratteln und die meisten anderen auch. Ich bin auch von Pratteln und möchte gern, dass die Jugendlichen in der Fröschi-Unterführung wieder ihre Kunst zeigen können, weil ich von Pratteln komme.

Abstimmung

Der Rat beschliesst mit 21 Ja zu 11 Nein bei 3 Enthaltungen:

://: Das Postulat Nr. 3040 wird an den Gemeinderat überwiesen.

Geschäft Nr. 3046

Postulat der SP-Fraktion, Hasan Kanber, betreffend „Kinderfreundliche Gemeinde“

Aktenhinweis

- Postulat der SP-Fraktion, Hasan Kanber, betreffend „Kinderfreundliche Gemeinde“ vom 21. Februar 2017

GR Roger Schneider: Der Gemeinderat ist bereit das Postulat entgegenzunehmen und dieses Anliegen zu prüfen. Es heisst im Postulat „...die Teilnahme an der UNICEF-Initiative... ist zu prüfen.“ Es geht nicht darum, das Label einzuführen, sondern zuerst zu prüfen, ob wir es überhaupt wollen. Die Gemeinde Pratteln macht ja nicht nichts im Kinder- und Jugendförderungsbereich. Die hier angesprochene Thematik ist dem Gemeinderat nicht neu; wir haben uns im Rahmen des Projektes „Situationsanalyse und Strategieentwicklung der Kinder- und Jugendförderung im Kanton BL“ bewegt. Es handelte sich um ein vom Kanton finanziertes Mehrjahresprogramm, an dem die Gemeinde Pratteln ebenfalls teilgenommen hat. Daraus wurden mehrere Handlungsempfehlungen forschungsbasiert hergeleitet und als richtungsweisende Orientierungspunkte bezeichnet. Im Schlussbericht zu diesem Projekt wird empfohlen, ein kommunales kinder- und jugendpolitisches Leitbild und Konzept zu erarbeiten. Überlegungen in diese Richtung haben also bereits stattgefunden. Es geht also nicht darum, das Label unbedingt einzuführen, sondern die Situation in Pratteln anzuschauen und eventuelle Verbesserungsmöglichkeiten aufzuzeigen.

Philippe Doppler: Als ich das Postulat gelesen habe, kam es mir vor, als ob die Gemeinde Pratteln zurzeit nicht als besonders kinderfreundlich wahrgenommen würde. Ich habe selber zwei kleine Kinder und finde das Angebot für Kinder und auch Eltern mit den familienergänzenden Angeboten sehr breit und auf die Bedürfnisse abgestimmt. Ausserdem sehe ich unsere Urteilsfähigkeit im Einwohner- und im Gemeinderat und innerhalb der Gemeindeverwaltung als ausreichend, um selber zu beurteilen, was für die Kinder gemacht werden kann. Meine Wahrnehmung ist, dass wir bereits heute im Sinne der Kinder und Jugendlichen denken. Eine Standortevaluation kostet für Pratteln über CHF 17'000, was auf der Homepage der UNICEF-Seite nachzulesen ist. Wir haben innerhalb der Verwaltung fachlich gut ausgebildete Personen und müssen dies nicht für CHF 17'000 Anderen überlassen. Die SVP-Fraktion wird das Postulat nicht überweisen.

Andreas Seiler: Die FDP-Fraktion sieht es ähnlich wie mein Vorredner. Kinder sind zwar wichtig für die Gemeinde Pratteln und wichtig für die Standortqualität als Wohngemeinde; dafür benötigen wir aber nicht ein Label. Dies bedeutet neben den Gebühren auch eigenen Aufwand auf der Verwaltung, was mit Kosten verbunden ist, die sich besser und zielgerichteter einsetzen lassen. Weiter ist ein solches Label mit Vorschriften verbunden, was Anpassungen nach sich zieht. Schlussendlich sind wir der Meinung, dass die Gemeinde Pratteln keinen weiteren Aufpasser braucht, der uns beurteilt. Wir haben ja schon hierin 40 Aufpasser, die aufpassen, was die Gemeinde macht, darum ist auch die FDP-Fraktion gegen den Beitritt der Gemeinde zu diesem Label und folglich sind wir auch der Meinung, dass wir das Postulat nicht überweisen, weil wir jetzt schon wissen, dass wir dagegen sind.

Christoph Zwahlen: Die Unabhängigen und Grünen sind bereit, das Postulat zu überweisen. Es kann nicht schaden, wenn man schaut, ob das Label etwas nützt und wenn man ein definiertes Ziel erreichen will, macht man dies vielleicht etwas ernsthafter, als wenn man sich keine Ziele setzt. Vielleicht hilft das Label auch, die Legislaturziele des Gemeinderats besser zu verwirklichen.

Hasan Kanber (Postulant): Wie schon erwähnt, geht es um ein Prüfen. Wir haben Beispiele aus dem Baselbiet von gleich grossen Gemeinden, die bereits dieses Label haben. Wir wollen nicht forcieren, falls es aber zu einer Ablehnung kommt, werden wir dies weiter verfolgen. Wichtig, wenn wir die Zukunft planen, dass wir es nicht ohne die nächste Generation machen. Es handelt sich um ein mittelfristiges Projekt, auch wenn meine Kolleginnen und Kollegen auf der anderen Seite anderer Meinung sind. Ich bitte euch daher, das Postulat zu überweisen.

Mauro Pavan: Ich schliesse mich meinen beiden Vorrednern Christoph Zwahlen und Hasan Kanber an. Es handelt sich um ein Postulat und darum zu prüfen, was der Nutzen eines solchen Labels wäre und welcher Aufwand dafür zu betreiben ist. Ich weiss nicht, wo Philippe Doppler aus dem Postulat herausliest, die Gemeinde Pratteln mache für Kinder zu wenig. Hasan Kanber hat es genau so gemeint. Wir machen bereits viel. Wenn man schon viel macht, kann man dies auch mit dem Erlangen eines Labels zeigen und stolz darauf sein. Darum bitte ich euch, das Postulat zu überweisen.

Jens Dürrenberger: Mauro Pavan hat richtig gesagt, dass es hier um das Label geht. Ich bitte, dass jeder weiss, der das Label ablehnt, dass Pratteln eine kinderfreundliche Gemeinde ist und dies auch weiterhin sein soll. Dies ist unbestritten. Es geht jetzt darum, ob wir das Label wollen oder nicht und da kann man verschiedener Meinung sein.

Abstimmung

Der Rat beschliesst mit 18 Ja zu 16 Nein bei 1 Enthaltung:

://: Das Postulat Nr. 3046 wird an den Gemeinderat überwiesen.

Geschäft Nr. 3051

Beantwortung Interpellation der Fraktion der Unabhängigen und Grünen, Petra Ramseier, "Illegales Deponieren bei Sammelstellen"

Aktenhinweis

- Interpellation der Fraktion der Unabhängigen und Grünen, Petra Ramseier "Illegales Deponieren bei Sammelstellen" vom 31. März 2017

GR Stefan Löw beantwortet die Fragen: Die Interpellation wurde schon vor einiger Zeit eingereicht, hat aber an Aktualität nichts verloren. Dieses Thema beschäftigt uns schon seit Jahren und gibt auch viel Arbeit. Frage 1: *In welchem Turnus werden die Sammelstellen videoüberwacht?* Videoüberwachung wurde bis jetzt nur vereinzelt und ohne geordneten Turnus durchgeführt. Frage 2: *Werden mit der Videoüberwachung Personen, die illegal Kehrriecht deponieren, erfasst und können sie auch identifiziert und gebüsst werden?* Es wird periodisch alle drei bis vier Wochen videoüberwacht. Aus Datenschutzgründen dürfen die Kameras nicht die Strasse filmen, keine Autonummern erfassen und erkennen und die gefilmten Personen konnten daher nicht ermittelt werden. Es gab einzelne Verzeigungen, aber das eindeutige Erkennen ist sehr schwierig und um eine Verzeigung zu machen, muss eine eindeutige Erkennung vorliegen. Weiter müssen spezielle Videokameras vorhanden sein, die online überwachen und von diesen Kameras haben wir nur eine einzige. Frage 3: *Kann der Gemeinderat die Situation an den Sammelstellen verbessern? Wie?* Grundsätzlich ist es ein schwieriges Thema schweizweit. Die Gemeinde Pratteln hat ein Litteringkonzept aus dem Jahr 2013 und führt immer wieder Litteringprojekte durch, um die Bevölkerung und vor allem auch die Schulen bzw. Schü-

lerinnen und Schüler zu sensibilisieren. Es gibt auch Patenschaften und wir versuchen, die Jugendlichen für das Problem des Litterings/Abfalls zu sensibilisieren. Von Seiten der Verwaltung aus gibt es eine Projektgruppe zum Littering mit Martin Claasen, Corinne Graf, Sandra Meier, Marcel Schaub, Andrea Sulzer, Beat Thommen und dem Werkhofverantwortlichen Daniel Valsecchi. Es werden in einem gewissen Turnus Sitzungen abgehalten, das Thema Littering sehr intensiv diskutiert und allenfalls Möglichkeiten und Verbesserungen vorgeschlagen. Mit der Revision des Polizeireglements haben wir eine Verbesserung, weil wir nun direkt Bussen aussprechen können, was für uns eine wesentliche Verbesserung darstellt. Neu dürfen wir auch beim Lidl Überwachungen durchführen, obwohl es sich um Privatareal handelt; die Gemeinde betreibt die Sammelstelle auf Privatareal. Die Gemeinde selber hat sechs mobile Kameras zur Verfügung und eine fest installierte im Werkhofareal. Der Gemeinderat ist sich bewusst, dass es sich um einen Dauerbrenner handelt und dass weiter daran gearbeitet werden muss. Man ist daran, neue Sammelstellen zu evaluieren und es wird später zu Verschiebungen kommen, wenn der Quartierplan beim Konsum umgesetzt wird. Zum AFP: Unter Punkt 17 Abfallbewirtschaftung bei Ziele (Beschluss) heisst es „Das Littering ist reduziert“. Diese Vorgabe hat uns der Einwohnerrat mitgegeben. Die Litteringmenge soll kleiner sein als im Vorjahr und der Werkhof und eine Litteringgruppe arbeiten daran intensiv. „Was das Kind nicht lernt, lernt der Erwachsene auch nicht mehr“ und darum wird bei der jungen Bevölkerung angesetzt. Die Bevölkerung grundsätzlich ist aufgefordert, wenn sie Verfehlungen feststellt, die Personen direkt anzusprechen, was etwas Mut erfordert. Die Bevölkerung soll vermehrt auf dieses Problem aufmerksam gemacht werden und daran werden wir schaffen.

://: Der Rat beschliesst mit grossem Mehr Diskussion.

Diskussion

Petra Ramseier: Ich danke GR Stefan Löw für die ausführlichen Antworten und ich bin sehr zufrieden damit. Es ist nicht mein Thema, für Überwachung und Kontrolle zu werben, eher im Gegenteil und es gibt auch wichtigere Themen in der Gemeinde. Es ist so ärgerlich und so frustrierend, weil sich der grösste Teil der Bevölkerung Mühe gibt. Die Fotos sind entstanden, als ich Flaschen eingeworfen habe, einige weitere Personen anwesend waren und jeder sich über die Situation aufgeregt hat. GR Stefan Löw konnte zeigen, was die Gemeinde alles unternimmt. Gerade der Ansatz in den Schulen und bei den Kindern ist sehr gut und ich unterstütze dies sehr. Ich gebe euch meine Unterstützung, weiterzumachen und hoffe, dass auch diejenigen, die sich heute nicht an die Regeln halten, dies in Zukunft tun werden. Ich habe beobachtet, dass dies quer durch alle Bevölkerungsschichten geht und was noch ärgerlicher ist, viele Leute wissen genau, was sie machen und sie machen es trotzdem.

Stephan Bregy: Es ist tatsächlich ein Ärgernis, dies zu sehen und ich gebe Petra Ramseier Recht. Wir haben vor einer halben Stunde das neue Polizeireglement verabschiedet und in § 26 Videoüberwachung heisst es, dass der Gemeinderat die Möglichkeit hat, die Videoüberwachung zu erweitern und dies auch der Bevölkerung durch Hinweistafeln mitzuteilen. Aus meiner persönlichen Sicht könnte man viel aktiver vorgehen. Auch beim Coop ist es ein Ärgernis und ich finde dort sehr viele Sachen, die einfach wild deponiert werden. Es gibt wissenschaftliche Studien, die belegen, dass Orte, die verwahrlost sind, animieren, noch mehr Dreck zu machen. Eine stricte Handhabung dieser Orte hat einen positiven Effekt darauf und dies sogar in New York. Wenn der Abfallkübel oder Container voll ist, was mache ich dann mit meinem Abfallsack? Ich stelle ihn daneben und es gibt immer mehr und mehr. Die legalen Massnahmen, die jetzt im Polizeireglement enthalten sind, geben die Möglichkeit mehr zu machen und die Gemeinde könnte aktiver und aggressiver vorwärts machen, um diese Missbräuche zu unterbinden und abschreckend zu wirken inklusive Kameraüberwachung.

Urs Schneider: Auch ich danke dem Gemeinderat für die Beantwortung der Interpellation. Ich persönlich wünsche mir eine solche Antwort auch schriftlich, dass man sie vorgängig lesen kann. Wenn man so schnell auf das Bild in der Interpellation schaut, denkt man, dass die Leute gut erzogen sind, weil sie ihre Waren direkt neben den Abfalleimer stellen und nicht in den Wald werfen. Wenn man genauer schaut, sieht man, dass auch Kehrichtsäcke dabei sind, was man nicht will. Dieses Problem haben wir schon lange und man wird es wohl so schnell auch nicht los oder auch gar nie. Man hat mit Unterflursammelstellen begonnen und gehofft, dass es bessert. Es hat auch anfangs gebessert, bis die Leute gemerkt haben, dass man trotzdem etwas hinten deponieren kann und man nicht verfolgt wird. Es sieht bei allen Sammelstellen, egal wo, etwa gleich aus und dies stellt einen riesigen Ärger dar. Ich danke dem Gemeinderat trotzdem für die Antwort.

Mauro Pavan: Die Unterflursammelstellen haben tatsächlich eine Verbesserung gebracht. Die Erfahrung hat gezeigt, dass an gut einsehbaren Unterflursammelstellen wesentlich weniger deponiert wird, weil man optisch ausgestellt ist. Ich bitte den Gemeinderat, dies vermehrt anzugehen und wo noch keine Unterflursammelstelle vorhanden ist, diese nach und nach umzubauen.

GR Stefan Löw: Littering ist tatsächlich sehr umfassend und vielseitig. Werkhof und Verwaltung haben dies schon lange erkannt und festgestellt, dass die Sammelstellen zu wenig dicht überwacht werden. Das Intervall wird in Zukunft enger und regelmässiger und zwischendurch häufiger nachgeschaut und auch die Behälter mehr geleert. Zitat aus der Aktennotiz der Projektgruppe vom 19. Juni 2017: Mehr Kameraüberwachung, Anpassung Bussen, Ergänzung der Abfalleimer, bessere Beleuchtung der Sammelstellen, höhere Präsenz, Optimierung der mobilen Jugendarbeit mit mehr Patenschaften. Das Litteringprojekt Längi muss separat angeschaut werden, weil das Littering dort stärker zugenommen hat. Man hat das Problem erkannt und richtet sich nach den Ressourcen und finanziellen und personellen Möglichkeiten. Manchmal sind die Sammelstellen schnell verdreckt, d. h. am Tag vorher war noch alles in Ordnung und am nächsten Tag ist alles verdreckt und die Person denkt, dass dort nie jemand nachschaue und kontrolliere.

Fredi Wiesner: Wenn ich GR Stefan Löw richtig verstanden habe, wurde etwas erwähnt, dass ich nicht richtig begreife. Er hat erwähnt, dass man das Intervall des Zusammennehmens des Abfalles intensivieren will, also kürzere Abstände. „Pratteln will sauber sein“, heisst es und wir sind auch sauber, weil viel zusammengenommen wird. Man sieht immer Leute, die den Abfall vom Boden auflesen und man sieht die kleinen Lastwägelchen herumfahren. Es kann aber nicht sein, dass man einfach den Abfall intensiver wegräumt, damit es sauber bleibt. Man könnte ja sagen, dass man den Abfall wegwerfen kann, weil er fünf Minuten später aufgeputzt wird. Es müsste in die andere Richtung gehen, dass man zu bestrafen versucht. Es wurde noch nie eine Zahl genannt, wie viele Tonnen Abfall es sind. Das Ganze wird über die Gebühren finanziert und diese Rechnung steht nicht schlecht. Wenn man jedoch die Gebühren nicht auf diese Weise ausgeben würde, könnte man die Gebührensäcke etwas günstiger anbieten; dies müsste der Weg sein. Auch im Wald wird viel entsorgt, auch in den anderen Abfallkörben befindet sich viel privater Abfall und es bleibt kein Platz, wenn man mal was einwerfen will. Man muss also in die Richtung von Überwachung und Ahndung gehen.

Mauro Pavan: Ich glaube, man muss beides machen. Diejenigen, die sich nicht an die Regeln halten, büssen. Wenn nur schon sehr wenig Abfall wild deponiert ist, sei es nur, weil der Abfallbehälter für die leeren Gebinde schon voll ist, dann animiert dies, noch mehr dazu zustellen. Müll zieht Müll an, dies ist ein ungeschriebenes Gesetz. Die Hemmschwelle ist höher, wenn der Platz sauber ist. Die Gebührensäcke wurden in den letzten Jahren so oft verbilligt und ich finde die Gebührensenkung eine gute Sache.

Patrick Weisskopf: Dass Littering ein Problem ist, wissen wir und vermutlich wird das Problem nur übers Portemonnaie zu lösen sein und die Verursacher müssen die Konsequenzen tragen müssen. Einige werden die CHF 50 oder 60 problemlos tragen, beim zweiten Mal leer schlucken und dann wird es zu einem Spiel. Man muss sich fragen, ob man die Bussen so ansetzen kann, dass es auf einen Arbeitseinsatz herauskommt und die Person den Dreck aufräumen muss. Dies ist sicher unbeliebt und es fragt sich, ob es juristisch überhaupt machbar ist. Die Leute müssen betreut werden und es entstehen dadurch Kosten, aber schlussendlich dürfte dies die abschreckendste Massnahme sein. Ein schönes Beispiel ist aus dem Baselbiet, wo der Abfall aus dem Hausumbau im Wald verteilt wurde; solche Personen sollen aufräumen, bis alles weg ist. Dann überlegt man sich schnell einmal, ob nicht die fachgerechte Entsorgung der günstigere Weg ist.

GR Urs Hess: Heute Abend hat der Rat einen Schritt in die richtige Richtung mit dem Polizeireglement gemacht. Jetzt ist das Verfahren bei Littering viel einfacher, weil man jemanden direkt büssen kann. Bisher gab es den Bussenausschuss, bei dem alle erwischten Sünder zusammengenommen wurden und alle Vierteljahre aufgeboten wurden. Nun ist im neuen Polizeireglement ein einfacherer Weg aufgezeigt und zusammen mit der Videoüberwachung sollte der Erfolg grösser sein. Wenn jemand ein Papier fallen lässt, kann man ja sagen, dass er es wieder mitnehmen soll; dies ist der einfachste Weg und gehört auch zu unsere Aufgabe.

Die Interpellation Nr. 3051 ist beantwortet.

Geschäft Nr. 3052

Beantwortung Interpellation der SVP-Fraktion, Simon Schärer, betreffend „Geschwindigkeitskontrollen“

Aktenhinweis

- Interpellation der SVP-Fraktion, Simon Schärer, betreffend „Geschwindigkeitskontrollen“ vom 20. März 2017

GR Urs Hess beantwortet die Fragen: Kontrollen müssen gemacht werden, damit sich die Leute auch an die gesetzlichen Regeln halten. Frage 1: *Wer entscheidet wo und wann die Kontrollen stattfinden?* Die Gemeindepolizei entscheidet wo und wann Radarkontrollen durchgeführt werden. Die Gemeindepolizei macht Kontrollen nur auf dem gemeindeeigenen Netz und nicht auf dem Kantonsstrassennetz. Dies ist im Polizeigesetz Basel-Landschaft § 7 ff. geregelt. Die Gemeindepolizei kann auch die entsprechenden Bussen verfügen; was darüber liegt, sind Verzeigungen und gehen eine Stufe weiter. Frage 2: *Was ist der Grund, weshalb Kontrollen so oft bei Unterführungen gemacht werden?* Dass häufig Kontrollen in den Unterführungen gemacht werden, will ich hier widerlegen. Geschwindigkeitsbeschränkungen dienen grundsätzlich der Verkehrssicherheit. Bei Tempo 50 ist die Limite 50 und nicht 70 und bei Tempo 30 ist es 30 und nicht 50. Man schaut jeweils, wo gefährliche Punkte sind, zu denen auch Gefährdungsmeldungen eingehen. Gerade bei den Unterführungen erhalten wir viele Meldungen von Velofahrern, dass dort zu schnell gefahren wird. Mit den Kontrollen wird angestrebt, die Übertretungsrate auf 4-5 % zu bringen. Momentan ist die Übertretungsrate um einiges höher. Die Gemeindepolizei führt jährlich rund 250 Radarmessungen durch, davon fanden letztes Jahr 3 im Bereich der Unterführungen statt. Rund 8 % der gemessenen Fahrzeuge fahren bei den Unterführungen zu schnell. Weitaus höhere Übertretungszahlen haben wir an der Schlosstrasse mit 25 % und an der Hauptstrasse mit 15 %. In diesen Bereichen werden entsprechend mehr Radarkontrollen durchgeführt und heute gilt Tempo 30. Frage 4: *Findet der Gemeinderat, dass die Kontrollen am richtigen Ort durchgeführt werden und im Hinblick auf die Verkehrssicherheit zielführend ist? Wo mehr Geschwindigkeitsüberschreitungen vorliegen, werden auch mehr Kontrollen vorgenommen.* Die Werte der letzten Jahre bestätigen, dass die konsequente Durchführung von Radarkontrollen auch Erfolg zeigt. Die Anzahl der Geschwindigkeitsüberschreitungen an der Muttenzerstrasse, Höhe Aegelmattschulhaus, konnte in den letzten Jahren durch relativ viele Radarkontrollen von anfangs 9 % auf heute 3 % reduziert werden. Leider wird über das Portemonnaie vieles geregelt; die Leute sollten lieber ihr Hirn einschalten, statt das Portemonnaie hervornehmen und dann müssten wir auch keine Radarkontrollen machen.

://: Der Rat beschliesst mit grossem Mehr Diskussion.

Simon Schärer: Ich danke GR Urs Hess für die Antworten. Du hast erwähnt, dass viele Velofahrer anrufen und sich über zu schnelle Autos beschweren. Ich habe auch schon erlebt, dass E-Bikes wie eine gesengte Sau durch die 30er-Zone fahren; unternimmt man hier auch etwas?

GR Urs Hess: E-Bikes darf man nicht büssen, weil sie keinen Tacho haben und so kann man ein E-Bike, das mit 40 durch die 30er-Zone fährt, leider nicht büssen. Auch diese E-Bikes gefährden die Verkehrssicherheit. Da ist die Gesetzgebung noch nicht so weit und hat bis jetzt noch nicht an die E-Bikes gedacht.

Mauro Pavan: Wenn ich höre, dass die Übertretungsrate gesenkt werden konnte, dann wurden die Kontrollen tatsächlich am richtigen Ort vorgenommen. Ich staune immer wieder darüber, dass jemand die Kontrollen unnötig oder fragwürdig finden kann. Fragwürdig oder unnötig sind sie ja nur, wenn niemand erwischt wird und sich alle ans Gesetz

bzw. die Verkehrsvorschriften halten. Erst wenn man gar nichts mehr einnimmt, sind sie tatsächlich überflüssig. Solange man mit den Kontrollen mehr Geld einnimmt, als sie kosten, weil sich so viele nicht an das Gesetz halten, sind sie nötig.

Rolf Hohler: Ich wohne an der Velorennstrecke vom Wartenberg - grundsätzlich Tempo 30 - und es wäre trotzdem angebracht, die zu schnellen Velofahrer herauszunehmen und zu fragen, ob sie überhaupt eine Ahnung haben, wie schnell sie sind. Vor zwei Wochen habe ich fast einen Velofahrer abgeräumt, weil ich bei mir retour zum Haus herausfahren muss. Früher bin ich auch Velo gefahren und fahre heute noch schnell. Aber was auf dieser Strecke abgeht; es sind keine E-Bikes. E-Bikes sind diejenigen, die schnell bergauf fahren. Ich würde der Gemeindepolizei sagen, dass man auch dort hinstehen und informieren kann.

Patrick Weisskopf: Wenn ich 9 % Geschwindigkeitsübertretungen höre, so denke ich, dass mancher unabsichtlich erwischt wurde, weil er etwas zu viel Gas beim Schalten gegeben hat und schon ist man über der Toleranzgrenze. Ich selber gehöre auch zu denjenigen. Mir würde extrem helfen, wenn beispielsweise visuelle Hilfen im Raum stehen würden. Dies könnten die Smileys sein, die angeben, wie viel man unter oder über der Limite ist. Dies ist ein wichtiges Hilfsmittel für eine Selbstkontrolle. Als Automobilist verliert man schnell, wenn man auf den Verkehr achtet, den Tacho aus den Augen und es ist passiert. Wenn man einen leuchtenden Smiley sieht, wird einem gerade wieder bewusst, dass man aufpassen muss und es wird nicht zu einer Gewohnheit, zu schnell zu fahren. Dies hilft sicher, an neuralgischen Stellen eine Beruhigung zu bringen. Natürlich würde ich den Smiley nicht gerade bei der Abzweigung zum Egglisgraben anbringen, weil es den Velofahrer animiert, einen neuen Geschwindigkeitsrekord aufzustellen aber in den Wohnquartieren ist es sicher sinnvoll. Die Smileys ergaben auch eine Kontrollmöglichkeit für die E-Bikes, weil auch sie realisieren, wie schnell sie unterwegs sind. Bei den E-Bikes gibt es zwei Sorten. Bei den einen komme ich mit dem Velo noch knapp nach. Es sind diejenigen, die 25 oder 30 km/h schnell sind, die mir Spass machen und die ich gerne fürs Windschattenfahren habe. Für mich unheimlich sind die E-Bikes mit den gelben Nummern, die für mich schon unter das Motorrad fallen und schon 45 km/h fahren. Sie sind auch leise und kommen unbemerkt von hinten. Wenn diese in einer 30er-Zone mit 45 km/h unterwegs sind, frage ich mich wirklich, ob es richtig ist, dass diese Fahrzeuge keinen Tacho haben. Diese Fahrzeuge besitzen einen Tacho und es gilt auch hier Rücksicht zu nehmen. Den Velofahrern mit der gelben Nummer ist aber auch bewusst, wie schnell sie unterwegs sind und wie gefährlich dies ist. Es handelt sich um ein Velo mit einem Motor, es fährt schnell und erzeugt gefährliche Situationen. Unterstützt die Selbstkontrolle, stellt Smileys auf und wir bekommen es in den Griff.

Benedikt Schmidt: Kürzlich wurde ich auf dem Bahnhofplatz von einem Velo fast überfahren, was mir mit einem Auto auf dem Bahnhofplatz bisher noch nicht passiert ist. Ich bin froh, dass die Polizei die Geschwindigkeitskontrollen macht. Ich wohne an der Schlossstrasse, wo wir eine Übertretungsrate von 25 % haben. Tagsüber zur Schulzeit und auch nachts höre ich an den Motoren, dass dort viel zu schnell gefahren wird und ich bin sehr froh, dass die Polizei Geschwindigkeitskontrollen macht.

Franziska Senn: Ich bin eine mit einer solch gelben Nummer und dies schon seit einigen Jahren. Ich habe vier Geschwindigkeitsstufen und ich fahre regelmässig auf der Veloroute Richtung Basel. Ich bin auf der Eco-Stufe, damit ich die Tempo-30-Regel einhalten kann, wurde aber letztes Jahr von einem gestressten Vater, der sein Kind ins Schulhaus bringen wollte, auf den Kompetenzstreifen abgedrängt und es wurden mir alle Schlötterli angehängt, obwohl ich 30 km/h gefahren bin. Er hat mich also gezwungen, aufs Trottoir zu fahren. Es gibt E-Bike-Fahrer und E-Bike-Fahrer, dies ist bekannt. Ich fahre auch Auto und kenne daher beide Optiken und man kann nicht einfach sagen, dass die mit der gelben Nummer die Schlechten sind. Ich dachte nicht, dass ich heute Abend mein erstes Votum zu diesem Thema abgebe, aber nun ist es so.

Simon Schärer: Es geht mir nicht darum, dass man gar keine Radarkontrollen machen darf, finde sie aber in den Unterführungen unnötig. Gerade die Schlosstrasse mit den Schulhäusern ist mir auch ein Anliegen. Es soll kein falsches Bild entstehen.

Gert Ruder: Rolf Hohler und Patrick Weisskopf zusammen haben am besten erklärt, wo der Handlungsbedarf liegt. Ich empfehle dem Gemeinderat, zusammen mit der Polizei, genau diese Hinweise aufzunehmen und dann auch entsprechend zu verfahren.

Die Interpellation Nr. 3052 ist beantwortet.

Geschäft Nr. 3053

Postulat der SVP-Fraktion, Urs Schneider, betreffend „Einhaltung der Schutzziele auch Tagsüber“

Aktenhinweis

- Postulat der SVP-Fraktion, Urs Schneider, betreffend „Einhaltung der Schutzziele auch Tagsüber“ vom 3. April 2017

GR Urs Hess: Auch dem Gemeinderat ist wichtig, diese Schutzziele auch tagsüber einzuhalten und wir nehmen das Postulat entgegen.

Christine Weiss: Die SP-Fraktion kann durchaus nachvollziehen, dass es schwierig ist und in Zukunft schwieriger werden könnte, Feuerwehrleute zu finden, die ihren Arbeitsort in Pratteln haben. Den Lösungsansatz von Urs Schneider halten wir für sehr problematisch. Es wäre ein gewichtiger Nachteil, wenn die Gemeindeangestellten zum Feuerwehrdienst verpflichtet werden müssen. Die Gemeinde wäre gezwungen, nicht die am besten qualifizierten einzustellen, sondern nur solche Personen, die erstens feuerwehrtauglich sind und zweitens dazu noch Prattler Einwohner sind. Auch wäre eine solche Verpflichtung eine Ungleichbehandlung der Gemeindeangestellten gegenüber anderem Personal. Ein anderer Lösungsansatz wäre die Heraufsetzung der Altersgrenze für die Feuerwehrleute, was bei vielen Chemiefeuerwehren der Fall ist. Deutlich besser wäre auch die Einbindung von Migranten in die Feuerwehr. Wir können uns auch vorstellen, einige Berufsfeuerwehrleute zu haben, die bei Nichteinsatz auf der Gemeinde beschäftigt sind. Darum ist der Mehrheit der SP-Fraktion gegen eine Überweisung des Postulates.

Urs Schneider (Postulant): Es kann sein, dass die Punkte 1 und 2 etwas scharf geschrieben sind. Zu dem stehe ich auch und es ist so eingereicht. Darum steht oben Postulat. Der Gemeinderat kann prüfen und berichten, wie man die Problematik, die in Zukunft entstehen könnte, auch von Seite der Gemeinde entschärfen könnte. Wir haben aktuell fünf Feuerwehrleute hier im Rat. Falls Rolf an einer Besprechung ist, Matthias auf Montage, Simon mit einem Lehrer eine Sitzung hat und ich in Basel bin, dann fehlen vier. Im Moment stellt es noch kein Problem dar, aber in Zukunft kann man die Leute nicht mehr so einfach schicken und es arbeiten nicht mehr so viele Personen in Pratteln, die Feuerwehr machen. Dadurch nimmt die Anzahl derer, die ausrücken können, stetig ab. Früher konnten wir tagsüber regelmässig 20 Personen aufbieten und heute sind es 12, 13, 14 Personen, manchmal mehr, manchmal weniger. Ich wollte sensibilisieren und der Gemeinderat ist ja bereit, das Postulat entgegenzunehmen, zu prüfen, zu berichten und ich hoffe, dass auch ihr dies unterstützen werdet.

Andreas Seiler: Nachdem wir nun ausgiebig über die Themen Geschwindigkeitskontrolle und Littering diskutiert haben - ungefähr die Hälfte der Ratsmitglieder stand hier vorne - ist dieses hier ein komplexes Thema, dass man nicht so einfach lösen kann. Die FDP-

Fraktion ist für Überweisung des Postulates; wir möchten, dass sich der Gemeinderat darüber Gedanken macht, sind uns aber auch bewusst, dass es möglicherweise Nachteile für die Gemeindeverwaltung gibt und schliesslich muss man ja während den Öffnungszeiten genügend Präsenz nachweisen. Es heisst ja prüfen und berichten und der Gemeinderat kann sich darüber Gedanken machen und vielleicht kommt der Gemeinderat noch auf andere Ideen, wie man vermehrt Feuerwehrpersonal rekrutieren könnte.

Patrick Weisskopf: Ich konnte letzte Woche an einer Führung im Feuerwehrmagazin teilnehmen und da wurden beachtliche Zahlen genannt. Teilweise können drei oder vier Einsätze an einem Tag zusammenkommen, ob es nun Fehlalarme oder Ernsteinsätze sind. Insgesamt 280 Einsätze im Jahr, was fast jeden Tag einen ergibt. Dies ist eine erhebliche Belastung und ich verstehe jeden Arbeitnehmer, dem es zu viel ist. Auch Arbeitgeber können klemmen und trotzdem müssen wir dieses Thema sehr ernst nehmen und können es nicht einfach auf die Gemeindeangestellten abschieben. Wir müssen Lösungen suchen, dass wir Betriebe vermehrt in die Pflicht nehmen und ein Korps für einen schnellen Einsatz zusammenbringen. Dies bedeutet sicher Aufklärung und mir war auch nicht bewusst, dass ein Teil der Leute einen Einsatzweg von bis zu einer Stunde haben und in einer zweiten oder dritten Welle zum Brandplatz gelangt. Wenn man mehr bekannt macht, welche Möglichkeiten es gibt, findet man vielleicht Leute, die von Pratteln weggezogen und wieder zurückgekommen sind und bereit sind in die Feuerwehr einzutreten und dies in einem feuerwehrauglichen Alter. Aus meiner Sicht braucht es sicher Aufklärung in den Firmen, weil sehr oft das Management mit unserem Milizsystem nicht vertraut ist. Das kann ich aus dem Management unserer Firma sagen, in der viele aus dem Ausland kommen und das Milizsystem gar nicht kennen. Wenn sich in der Geschäftsleitung mehr Personen dazu bekennen und auch fördern, sollten wir ein positives Resultat erhalten. Ansonsten müsste man wirklich überlegen, eine semiprofessionelle/professionelle Feuerwehr mit anderen Gemeinden zusammen einzurichten. Dies dürfte ein grosser Schritt mit relativ hohen Kosten sein. So gesehen sind wir für Überweisung des Postulates gerade in einem grösseren Rahmen und nicht nur beschränkt auf die Gemeindeangestellten. Es geht um eine Auslegeordnung des Ganzen und dann werden die Optionen präsentiert.

Abstimmung

Der Rat beschliesst mit 25 Ja zu 6 Nein bei 4 Enthaltungen:

://: Das Postulat Nr. 3053 wird an den Gemeinderat überwiesen.

Geschäft Nr. 2953

Beantwortung Postulat der Unabhängigen Pratteln, Benedikt Schmidt, betreffend „Biologische Rasenpflege“

Aktenhinweis

- Antrag des Gemeinderates vom 30. Mai 2017

GR Stefan Löw: Als Erstes entschuldigt sich der Gemeinderat, dass die Beantwortung des Postulates so lange gedauert hat und über der Frist liegt. An Aktualität hat es jedoch nichts eingebüsst. Ergänzend teile ich mit, dass auch das Sportamt Basel seine Sportplätze sehr konventionell bewirtschaftet, d. h. belüftet, aerifiziert und auch mit Kunstdünger und anderem versieht. Das machen auch wir weiterhin und so machen wir es auch im Schwimmbad in der Sandgrube. Wenn man es nicht so macht, breitet sich die Kleebildung zu stark aus und es gibt doch einige Personen, die auf Bienenstiche oder Wes-

penstiche allergisch sind, was zu relativ schweren Konflikten führen kann. Weiter muss man sehen, dass man für Kleinkinder das Gefahrenpotenzial nach Möglichkeit verringert oder gering hält. Daher werden diese Flächen auch mit Kunstdünger bewirtschaftet. Wie alle wissen, werden andere Wiesen wie um das Schloss herum, beim Friedhof usw. extensiv bewirtschaftet mit Blumenwiesen, die nur zwei oder drei Mal pro Jahr geschnitten werden. Wie aus der Antwort ersichtlich ist, gibt es noch andere Rasenflächen wie der Jörinpark, die ebenfalls auf eine extensive Bewirtschaftung ausgerichtet werden. Dafür benötigen wir noch etwas Geld, was in der Antwort dargelegt ist; mit den Umstellungen wird demnächst begonnen. Ich bitte sie daher, das Postulat 2953 abzuschreiben.

Benedikt Schmidt als Postulant: Es wurde tatsächlich etwas spät mit der Beantwortung, aber ich danke GR Stefan Löw trotzdem für die Antwort und ich danke ihm auch, dass er bereits an einer früheren Sitzung mitgeteilt hat, dass es später werden würde. Ich bin mit der Beantwortung mehr oder weniger einverstanden und kann nachvollziehen, warum man es nicht auf allen Flächen machen kann. Ich freue mich, dass im letzten Punkt steht, dass man gewisse Flächen hat, auf denen man mit einer Extensivierung beginnen wird. Vielleicht wird man mit mehr Erfahrung diese Flächen noch ausdehnen können. Ich bin für Abschreibung dieses Postulates.

Abstimmung

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: Das Postulat Nr. 2953 wird als erfüllt abgeschrieben.

Geschäft Nr. 3023

Beantwortung Postulat der Unabhängigen und Grünen, Fabienne Zahnd, betreffend „Sicherer Schulweg zum Grossmattschulhaus, vom Weiherweg her kommend“

Aktenhinweis

- Antrag des Gemeinderates vom 25. April 2017

GR Urs Hess: Es hat einige Zeit bis zur Behandlung im Einwohnerrat gedauert, aber dies wurde frühzeitig bekannt gegeben und der Rat hat gesehen, dass bereits verschiedene Massnahmen ausgeführt wurden. Schulwegsicherung ist dem Gemeinderat ein grosses Anliegen und er ist immer bestrebt, die entsprechenden Elternaufklärungen zu unternehmen, was vor den Sommerferien der Fall war, damit sich auch die Situation mit den Elterntaxis verbessert. Gefreut hat mich auch: Beim Erliweg gibt es eine Baustelle, und während der Bauzeit gab es einen Verkehrsdienst, der alle Eltern mit Kindern im Auto gefragt hat, ob sie zum Schulhaus wollen und hat allen mitgeteilt, dass sie nicht zum Schulhaus fahren können und die Kinder aussteigen und laufen sollen. Dies lässt sich nicht das ganze Jahr über aufrechterhalten, das Geld dazu haben wir nicht. Fabienne Zahnd hat sich zum Grossmattschulhaus und Burggartenschulhaus erkundigt. Diejenigen, die dort vorbeilaufen, sehen, dass wir geprüft und bereits umgesetzt haben. Man hat die Rabatte beseitigt, um die Sichtweiten zu erhöhen und so ist es nun übersichtlich. Man hat auch die alten Linien wieder gezogen und die Polizei macht dort kräftig Kontrollen. Neben der Geschwindigkeit ist auch dieses eine Aufgabe und zeigt einigen Erfolg. Es wird besser parkiert, die Linie hat ihre Wirkung gezeigt und so ist für die Kinder und Fussgänger allgemein eine übersichtliche Situation entstanden. Wir haben geprüft und

berichtet und schon umgesetzt und aus meiner Sicht kann das Postulat abgeschrieben werden.

Gerold Stadler: Herzlichen Dank an den Gemeinderat auch im Namen der Postulantin, die nicht mehr im Einwohnerrat ist und ich vertrete nun dieses Geschäft. Es wurde festgestellt, dass etwas gegangen ist und es ist etwas Gutes gegangen. Es wurden Markierungen angebracht und die Sicherheit erhöht. Dank an GR Urs Hess. Nichts-desto-trotz habe ich jemanden auf der Halteverbotslinie mit dem Auto stehen sehen und die Dame, die ausserhalb des Autos stand, ganz nett darauf angesprochen, dass nun zum Schutz der Kinder ein absolutes Halteverbot angebracht wurde, aber ich wurde geflissentlich ignoriert. Ich habe noch einmal insistiert und irgendwann ist sie weggefahren. Meine Frage: Anscheinend haben Kontrollen stattgefunden und Unbelehrbare gibt es immer wieder. Werden Bussen verteilt oder werden die Fehlbaren nur angesprochen, was ich nicht richtig finde? Im Halteverbot könnte man unmittelbar eine Busse aussprechen.

GR Urs Hess: Bussen wurden ausgesprochen und eine Unbelehrbare hast du selber gesehen. Man kann nicht jeden Tag dort stehen, aber es wird das Mögliche unternommen, vor allem in den Schulrandzeiten, wenn die Schule aus ist und die Schülerinnen und Schüler unterwegs sind. Dann gibt es mehr Kontrollen.

Abstimmung

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: Das Postulat Nr. 3023 wird als erfüllt abgeschrieben.

Geschäft Nr. 3036

Teilrevision Reglement über die Vergütung an Behörden, Kommissionen und nebenamtliche Funktionen der Gemeinde Pratteln (Behördenreglement) – 1. Lesung

Aktenhinweis

- Antrag des Gemeinderates vom 16. Mai 2017

Das Büro empfiehlt Eintreten und Direktberatung.

GR Emanuel Trueb: Ich vertrete das Geschäft in Vertretung des Gemeindepräsidenten, weil es einen Passus zu beurteilen gibt, der den Gemeindepräsidenten betrifft. Dies ist der Grund, warum ich stehe. Sie haben eine Vorlage zur 1. Lesung erhalten, in der es im Grunde genommen um die Nachvollziehbarkeit einiger Details geht. Es müssen Korrekturen vorgenommen werden, weil bei der Gemeinde nun einiges anders organisiert ist. Weiter muss nachvollzogen werden, dass wir die Pensionskasse anders organisiert haben und schliesslich geht es um die Situation der Lohnfortzahlung beim Gemeindepräsidenten im Falle eines Arbeitsausfalles. Dies sind Sachen, die schon heute funktionieren, ohne dass es in einem Reglement festgeschrieben steht.

Diskussion zum Eintreten

Andreas Seiler: Die FDP-Fraktion ist für Eintreten und auch Zustimmung. Eine Frage: Es ist explizit nur das Gemeindepräsidium erwähnt und uns interessiert, wie es bei den anderen Gemeinderäten ist. Was die Berufs- und Nichtberufsunfallversicherung angeht, ist dies weniger ein Thema, weil die Gemeinderäte ein Pensum von rund 20 % aufweisen und bei einem anderen Arbeitgeber versichert sind. Die Lohnfortzahlung bei Arbeitsunfähigkeit könnte ein Thema bei 20 % sein. Daher die Frage, warum dies nicht berücksichtigt wurde; kann man es berücksichtigen oder ist es gar nicht relevant, weil das Honorar der anderen Gemeinderäte ein Pauschalhonorar darstellt?

Mauro Pavan: GR Emanuel Trueb hat das Wichtigste gesagt: Es geht um Details, die ausgearbeitet werden müssen und es handelt sich um notwendige Änderungen, die auch so sinnvoll sind. Unsere Fraktion ist für Eintreten und wird den Änderungen zustimmen.

Patrick Ritschard: Auch wir haben die Vorlage diskutiert. GR Emanuel Trueb hat gesagt, dass es bisher schon gehandhabt wurde, ohne dass es niedergeschrieben wurde. Warum nur für den Gemeindepräsidenten? Es gibt auch noch andere Funktionen, in denen auch Freiwilligenarbeit geleistet wird, die beispielsweise auch keine Berufsunfallversicherung aufweisen. Bei der Feuerwehr beispielsweise zahlen dies die Arbeitgeber bzw. Mitarbeiter mit ihrem Lohnbestandteil. Die Gemeinde bietet in diesem Moment auch nichts an. Es gibt weitere Freiwillige, die für ihre Leistungen ein Fixum erhalten; wie ist die Situation bei diesen Personen, wenn sie einen Unfall während der Tätigkeit für die Gemeinde haben? Diese Fragen hätten wir gerne beantwortet.

GR Emanuel Trueb: Die Situation muss für den Gemeindepräsidenten gesondert geregelt werden, weil er, so steht es auch im Behördenreglement, ein Pensum von 50% hat. Er hat aber keinen Arbeitsvertrag, was eine spezielle Situation darstellt. Damit regeln wir nun Inhalte, die normalerweise in einem Arbeitsvertrag geregelt werden. Dann ist die Situation für den Gemeindepräsidenten geordnet: Im Reglement steht, was versichert ist und im Behördenreglement steht auch, in welchem Umfang das Pensum zu leisten ist, nämlich zu 50 %. Bei den übrigen Gemeinderäten und Personen mit einem Fixum steht in der Regel keine Prozentzahl. Vorhin wurden 20 % genannt. Dies weiss niemand so genau und hängt auch sehr stark vom persönlichen Engagement des jeweiligen Departements-Chefs bzw. der jeweiligen Departements-Chefin ab. Dies wird als Fixum abgegolten und alles andere übernimmt der Arbeitgeber. So ist es im Moment geregelt.

Eintreten ist unbestritten und es folgt die 1. Lesung.

- § 2 Abs. 7 Diverse
- § 7 Berufliche Vorsorge (neu)
- § 7^{bis} Unfallversicherung (neu)
- § 7^{ter} Entlöhnung bei Ausfall der Arbeitsleistung (neu)

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen und die 1. Lesung ist beendet.

Geschäft Nr. 3056

Beantwortung Interpellation der SP-Fraktion, Gert Ruder, betreffend „Salina Raurica: Wie ist der Stand der Dinge?“

Aktenhinweis

- Interpellation der SP-Fraktion, Gert Ruder, betreffend „Salina Raurica: Wie ist der Stand der Dinge?“ vom 2. Mai 2017

GP Stephan Burgunder beantwortet die Fragen und zeigt zwei dazu notwendige Folien zum besseren Verständnis der räumlichen Situation und der Lage der einzelnen Parzellen. (Folien im Anhang)

GP Stephan Burgunder: Bezüglich Salina Raurica muss ich meine Worte mit der riesigen Herausforderung - lieber Gert Ruder - leider wiederholen. Die Komplexität ist nach wie vor enorm hoch. Aus diesem Grund möchte ich euch die Komplexität an einem konkreten Beispiel aufzeigen: Ihr seht hier den Planungssperimeter von Salina Raurica, Folie 1: Planungssperimeter Salina Raurica Ost. Wir spielen nun ein fiktives Spiel durch und nehmen an, wir haben einen Investor, der kommt zu mir und sagt „Ich habe ein super Projekt und möchte 50'000 m² Land dafür“. Die erste Frage, die sich mir stellt ist: Welche Parzelle sollen wir dem Investor anbieten? Details dazu entnehmen wir der Folie 2: Perimeter Salina Raurica Ost. Die violetten Flächen sind im Besitz des Kantons Baselland. Nehmen wir ein Beispiel bzw. eine Parzelle aus dieser Folie, die Parzelle 22, die 8'000m² umfasst und natürlich nicht in der Fläche ausreicht. Es sind nun verschiedene Eigentümer involviert und die Fragen sind:

- Sind die Eigentümer bereit zu verkaufen? Wenn ja, zu welchem Preis?
- Muss eine Abgabe an den Park und die Strasse geleistet werden? In welcher Höhe?
- Verkauft der Kanton überhaupt seine Grundstücke?
- Was machen wir in Pratteln? Verkaufen? Abgabe im Baurecht? Zu welchem Preis?
- Ist der Investor bereit, nur einen Teil der benötigten 50'000m² zu kaufen und die anderen Flächen im Baurecht, teils von der Gemeinde Pratteln, teils vom Kanton zu übernehmen?

Falls nun alle Fragen geklärt sind, folgt ein Quartierplanverfahren. Ihr seht, dass zum heutigen Zeitpunkt eine Ansiedlung von Firmen schlicht unmöglich ist. Leider.

Zu den Fragen: Frage 1: *Sind für den GR aktuelle wirtschaftsfördernde Aktivitäten der kantonalen Instanzen und des im 2014 engagierten Planungsbüros Losinger Marazzi spürbar? Wie sehen sie aus und sind ebenso konkrete Projekte vorhanden wie die in Arlesheim?* Aktuell können im östlichen Teil mit Sondernutzungsplanungspflicht keine baureifen Grundstücke angeboten werden. Zuerst müssen der Planungsprozess, die städtebauliche Studien, Quartierplanungen und Landumlegungsverfahren erfolgen. Darum sind weder die wirtschaftsfördernden Aktivitäten der kantonalen Instanzen noch diejenige von Losinger Marazzi im Gebiet Salina Raurica spürbar. Ich bin seit meinem Amtsantritt intensiv in sehr engem Kontakt mit der Standortförderung und den im Kanton zuständigen Stellen für das Projekt Salina Raurica so wie auch mit Losinger Marazzi. Wenn wir die Karte mit den Landeigentümern anschauen, sehen wir, dass der Kanton „lediglich“ 24'000m² besitzt. Das sind die violetten Flächen. Ganz ehrlich, damit kann man relativ wenig bewirken. Leider ist die Situation in Pratteln mit 34 Landeigentümern und Erbgemeinschaften mit bis zu 56 Beteiligten deutlich komplexer als in Arlesheim. Und darum werden heute und morgen keine Bagger auffahren und wenn, dann hoffentlich für die Strasse. Frage 2: *Haben sich seit der Orientierungsveranstaltung vom 16.11.2016 massgebliche Veränderungen ergeben, die den ursprünglich vorgesehenen Beginn der Hauptarbeiten für die Verlegung der Rheinstrasse Mitte 2017 in Frage stellen? Wenn JA, welche sind das und was sind die Konsequenzen daraus?* Der Landrat hat an seiner Sitzung vom 18. Mai 2017 die Umlegung der Rheinstrasse mit dem notwendigen Baukredit beschlossen. Die Bereinigung der Einsprachen gegen die Strasse erfolgt durch den Kanton, die Gemeinde ist nicht direkt eingebunden. Das Referendum

und den Rückzug des Referendums haben wir alle mittlerweile mitbekommen und dies sollte bereinigt sein. Frage 3: *Mit den Beschlüssen zu den Geschäften 2947 und 2966 hat der Einwohnerrat den Gemeinderat beauftragt beim Kanton in diversen Punkten vorstellig zu werden und dem Einwohnerrat über das Ergebnis zu berichten. Bis wann darf der Einwohnerrat diese Antworten erwarten und warum dauert das so lange?* Gemäss den Beschlüssen 2947 und 2966 setzt sich der Gemeinderat beim Regierungsrat für unsere Anliegen ein. Mit Frau Regierungsrätin Sabine Pegoraro hatte ich diverse Gespräche bezüglich Salina Raurica. Der Regierungsrat teilt im Grossen und Ganzen unsere Anliegen. Vielmehr als der Regierungsrat sind jedoch der Landrat und die entsprechenden Kommissionen zu überzeugen. Aus diesem Grund haben der Augster Gemeindepräsident Andreas Blank und ich am 15. November 2016 im Triago mit Blick auf Salina Raurica eine Veranstaltung zum Thema durchgeführt. Eingeladen waren sämtliche Landräte der Region Rheintal-Hülften (Birsfelden, Muttenz, Pratteln, Augst, Giebenach, Frenkendorf und Füllinsdorf) sowie die gesamte landrätliche Bau- und Planungskommission. Ziel der Veranstaltung war: Die Landräte sehen die Notwendigkeit der Verlegung der Rheinstrasse. Sie stimmen den Krediten zu. Sie stimmen dem Projekt der Tramverlängerung der Linie 14 zu. Am 2. Februar 2017 war ich zum ersten Mal für die Beantwortung von Fragen in der Landrätlichen Bau- und Planungskommission. Am 27. April durfte ich dann ein zweites Mal zum Thema Tramverlängerung Auskunft geben. Dazwischen hat eine landrätliche BPK-Sitzung im Schloss Pratteln stattgefunden. Dabei hat man die Situation mit der Querung des Trams bei der Hohenrainstrasse vor Ort angeschaut. Die Vorlage wird demnächst im Landrat debattiert. Zur Umfahrung Augst: Der Regierungsrat hat dem Landrat einen Planungs- und Projektierungskredit für die Umfahrung beantragt. Entgegen dem Antrag und der Empfehlung der Bau- und Planungskommission hat der Landrat am 4. Mai 2017 nur den Planungskredit beschlossen; er möchte in einem nächsten Schritt, vor der Vorprojekterarbeitung, erneut über das Vorhaben befinden können. Die kantonale Verwaltung wird aufgrund dieses Auftrags die Planungsarbeiten angehen. 2017 erfolgen Vorbereitungsarbeiten und der Aufbau der Projektorganisation, die Hauptarbeiten werden 2018 erfolgen. Im Vordergrund stehen eine Beurteilung der Ausgangslage, das Studium verschiedener Varianten und deren Machbarkeit sowie schliesslich der Variantenentscheid. Anschliessend kann dem Landrat der Kreditantrag für die nächste Phase unterbreitet werden. Kantonale Radroute und Frenkendörferstrasse: Eine attraktive und sichere Querung der Frenkendörferstrasse für die kantonale Radroute und den Fuss- und Veloverkehr im Allgemeinen ist dem Kanton ebenfalls ein Anliegen. Er hat daher bereits Vorabklärungen getroffen und im Agglomerationsprogramm 3. Generation, eine entsprechende Massnahme zur Mitfinanzierung durch den Bund eingegeben. Ausreichende Gelder für das Amphibienlaichgebiet Klingenthal: Das Umsiedlungsprojekt ist vom Kanton abgeschlossen und die Kreuzkröten sind erfolgreich umgesiedelt worden. Die Umsiedlung ist hauptsächlich auf Muttenzerboden bei der Klingentalgrube erfolgt und es sind auch zusätzliche Laichweiher in der Lachmatt erstellt worden. Gemäss Auskunft von Markus Plattner, Leiter Natur und Landschaft vom Landwirtschaftlichen Zentrum Ebenrain, reicht das Geld für die Pflege trotz Sparmassnahmen knapp aus.

://: Der Rat beschliesst mit grossem Mehr Diskussion.

Gert Ruder als Interpellant: Ich danke dem Gemeindepräsidenten herzlich für seine Ausführungen und auch, dass wir uns offenbar auf dem Weg ins papierlose Büro befinden. Ich erinnere den Rat daran, welche Diskussionen hierin am 1.2.2016 stattgefunden haben, als das Geschäft Salina Raurica im Rat lag und - ich zitiere aus dem Protokoll - Andreas Seiler gesagt hat, man solle nicht herumtrödeln, sondern die Arbeit speditiv erledigen, eintreten und direkt beraten und Urs Hess, damals Einwohnerrat, hat gesagt, dass, falls wir das Filetstück behalten wollen, keine Zeit verlieren dürfen und blitzartig handeln sollen. Was wir nun vom Gemeindepräsidenten gehört haben, ist weder blitzartig noch speditiv, sondern eine traurige Erkenntnis, dass die über uns stehenden Instanzen es tatsächlich nicht fertigbringen, etwas in diesem Kanton zu realisieren, was nicht nur für die Gemeinde, sondern für den ganzen Kanton von Nutzen ist. Offensichtlich hat

sich die Regierung anderen Orten zugewendet, Arlesheim und an anderem Ort, und das Filetstück, wie sie es selber genannt haben, lässt man langsam vergammeln. Ich bin enttäuscht darüber und nehme es so zur Kenntnis. Ich bin ziemlich enttäuscht über die Tatsache, dass das, was so wesentlich und wichtig war für das Zuschütten der Zurlindengrube, nur noch knapp ausreichen soll. Wenn man heute schon ankündet, dass es nur knapp ausreicht, befürchte ich, dass dieses Projekt noch scheitert. Wir haben ja Biologen hier im Rat und ich hoffe, dass Benedikt Schmidt dazu noch etwas sagt. Auf jeden Fall bedanke ich mich beim Gemeinderat für die Beantwortung dieser Interpellation und gebe meiner Enttäuschung kund, dass Wirtschaftsförderung, wie ich sie verstehe, offenbar im Kanton Baselland nicht stattfinden kann.

GP Stephan Burgunder: Das Tempo gebe nicht ich vor. Ihr könntet von den Parteien aus mit euren Landräten reden und vielleicht würde dies noch etwas Wirkung entfalten. Damit es nicht falsch verstanden wird, beim Amphibienlaichgebiet ging es ums Geld fürs Klingental, also um die neue Grube. Bei der Zurlindengrube haben wir keine Kosten mehr, im Gegenteil. Wenn Urs Hess die Grube einmal füllen kann, wird der Kanton damit Geld verdienen. Beim neuen Amphibienlaichgebiet hat der Landrat das Geld gekürzt und das vorhandene Geld reicht noch knapp aus. Dies betrifft Muttenzer Boden.

Christoph Zwahlen: Ich wüsste noch gerne, wie die Begeisterung über den Kuhhandel ist, den Frau Pegoraro mit den Strasseninitianten ausgehandelt hat. Ich denke, dies wird auch nicht eine sehr zukunftssträchtige Sache sein, die wahrscheinlich noch Streit und Rechtsangelegenheiten gegen die Strassenverlegung nach sich ziehen wird.

GP Stephan Burgunder: Details des Kuhhandels kenne ich auch nicht, ich kenne nur das, was in der Presse zu lesen war und wie viel schlussendlich von diesem Kuhhandel übrig bleibt, können wir heute noch nicht beurteilen. Das Geschäft muss sicher noch im Landrat behandelt werden und auch wir haben einen Sondernutzungsplan mit Vorgaben. Dies alles muss im Detail angeschaut werden. Abschliessend beurteilen kann es der Gemeinderat gegenwärtig nicht.

Benedikt Schmidt: Ich sage heute Abend nichts zu den Kröten, aber zum Kuhhandel. Im Oneline-Report war die Vereinbarung aufgeschaltet und man konnte lesen, was Frau Pegoraro als Regierungsrätin mit den Automobilverbänden und der Wirtschaftskammer beschlossen und auch dort unterschrieben hat. Eines der Themen war auch, dass man den Anteil des öV, der gemäss Richtplan 35 % betragen soll, absenkt. Wir wissen ja, dass es dort ein ziemliches Verkehrschaos geben wird, wenn man eine solche Massnahme ergreift. Wenn man sagt, dass es in diesem Gebiet weniger öV gibt, sinkt auch die Motivation des Kantons, irgendwann für das Tram Geld auszugeben. Es lohnt sich sicher, wenn du dich, Stephan Burgunder, genauer informierst, was für ein Kuhhandel es ist, weil er direkte Konsequenzen auf die Entwicklung dieses Gebietes und die Planungssicherheit hat. Kuhhandel sind der Planungssicherheit überhaupt nicht dienlich und wenn du sagst, dass es eh schon kompliziert ist, helfen Kuhhandel am wenigsten.

Gert Ruder: Das Stichwort Kuhhandel war auch für mich der Auslöser, noch einmal etwas zu sagen, aber nicht zum Kuhhandel, sondern dem seltsamen Verhältnis, den der Direktor der Wirtschaftskammer zu seiner Regierungsrätin hat. Er ist oft komplett entgegengesetzt in dem, was seine eigene Regierungsrätin und Parteikollegin macht. Christoph Buser als sechster Mächtetern-Regierungsrat in diesem Kanton hat mit der Wirtschaftskammer, dem TCS und dem ACS sehr vornehm geschwiegen, als es im Planungsprozess um die Mitwirkung gegangen ist. Als das Mitwirkungsverfahren abgeschlossen war, hat sich derselbe Christoph Buser erdreistet, ein Referendum abzuwerfen und geblufft, die 5'000 Unterschriften seien schon gesammelt und ganz grosszügig hat er sich dann mit einem Kuhhandel herausgezogen. Nur ganz kurzfristig haben wir gedacht, bei ihm sei die Vernunft wieder eingeekehrt. Aber die Vernunft war überhaupt nicht vorhanden und er hat auch noch eine Drohung angeschlossen. Die Drohung, dass, wenn man die Rheinstrasse zurückbaut, vielleicht ein Referendum macht. Mich verbittert,

dass mit solchen Politikern im Kanton die Wirtschaft niemals gefördert wird, auch von der Partei nicht, die eigentlich die Wirtschaft sehr hoch hält.

GP Stephan Burgunder: Eine Bemerkung zu Benedikt Schmidt: Selbstverständlich habe ich dies auch gelesen. Inwiefern eine einzige Person den kantonalen Richtplan, der ja vom Landrat verabschiedet wurde, verändern kann, ist mir nicht klar. Was auf dem Papier stand, habe ich auch gelesen.

Die Interpellation Nr. 3056 ist beantwortet.

Fortführung der Sitzung

Der Rat beschliesst um 22.00 Uhr auf Antrag des Büros mit grossem Mehr:

://: Heute Abend wird noch Geschäft 3057 behandelt und dafür auf die Sitzung vom 4. September 2017 verzichtet.

Geschäft Nr. 3057

Postulat der SP-Fraktion, Marcial Darnuzer, betreffend „Zugang Sandgruben ab Rütliweg“

Aktenhinweis

- Postulat der SP-Fraktion, Marcial Darnuzer, betreffend „Zugang Sandgruben ab Rütliweg“ vom 10. Mai 2017

GR Stefan Löw: Der Gemeinderat möchte das Postulat entgegen nehmen und diese Angelegenheit prüfen. Dies wurde früher schon einmal gemacht. Momentan gibt es eine Verbindung, eine Treppe, die jedoch nicht die Gemeinde erstellt hat. Wer dies gebaut hat, wissen wir nicht. Die Gemeinde unterhält diese Treppe auch nicht und macht auch keinen Winterdienst und es handelt sich nicht um einen offiziellen Zugang zur Sandgrube. Daher wurde die Treppe abgesperrt und die Gemeinde lehnt jede Haftung ab. Wenn der Gemeinderat das Postulat bearbeitet, muss das Behindertengleichstellungsgesetz berücksichtigt und Varianten bzw. Möglichkeiten ausgearbeitet werden, wie man in die Sandgrube gelangt, was einige Zeit in Anspruch nehmen wird. Wir möchten das Postulat entgegennehmen und auch in der nötigen Zeit beantworten.

Christoph Zwahlen: GR Stefan Löw hat, auch als wir das letzte Mal darüber geredet haben, das Initialwort gesagt und dies ist das Behindertengleichstellungsgesetz. Dieses Gesetz wird in unserer Gemeinde ausgelegt wie ein „Nichtbehinderten-Diskriminierungsgesetz“. Man hat das Gefühl, dieses Gesetz sei ein Totschlagargument und wenn man dort nicht mit dem Rollstuhl hinfahren kann, plant man besser gar nichts oder nimmt dermassen astronomische Kosten an, dass man nichts verwirklichen muss. Ich plädiere dafür, dass man nicht einen behindertengerechten Zugang zum Schwimmbad machen muss, denn alle, die behindert sind, können aussen herum, weil sie meistens Räder haben. Man könnte auch etwas bauen, das nur für Nichtbehinderte möglich ist. Behinderte werden ja nicht ausgeschlossen, weil es nicht der einzige Zugang zum Areal Sandgruben ist. Man liest immer wieder vom Behindertengleichstellungsgesetz und in Basel werden ganze Tramhaltestellen deswegen aufgehoben, weil Behinderte nicht einsteigen können. Dies ist nicht der Sinn des Gesetzes. Ich bitte daher, bei der Prüfung dieses Postulates, wenn es dann überwiesen ist, nicht wieder dieses Argument zu bringen.

Petra Ramseier: Ich habe ein anderes Anliegen, damit das Weglein nicht riesig wird und mit Riesenserpentinen nach unten führt und Fläche braucht. Es ist ein ökologisch sehr wertvoller Hang und die Tankstelle hat bereits einen riesigen Teil des Hanges weggenommen. Ich bitte, den Zugang zur Sandgrube möglichst klein zu halten und ein Riesending zu erstellen wäre schade für die Ökologie des Hanges.

Simone Schaub: Als ich als Kind in der Wanne gewohnt habe, sind wir schon den Hang hinuntergepurzelt. Heute ist der Zustand viel besser. Trotz sind wir von der SVP-Fraktion der Meinung, zu prüfen, ob dort eine, natürlich nicht-behindertengerechte Lösung möglich wäre. Dies ist sicher machbar und wir sind gespannt, was dabei herauskommt. Wir überweisen das Postulat auf jeden Fall.

Marcial Darnutzer: Ich danke für die vorherigen Voten und freue mich auf eine Überweisung.

Rolf Hohler: Ich bitte den Gemeinderat, etwas weitsichtig zu denken. Vis-à-vis meines Hauses gibt es ein Weglein, das von der Gemeinde unterhalten und immer wieder instand gestellt wird. Es steht da ein Schild „keine Fussgänger“ und darunter „Die Gemeinde lehnt bei Unfällen jegliche Haftung ab“. Entweder macht die Gemeinde einen Weg, steht dazu und lässt die Leute durchlaufen, oder macht keinen und lässt ihn zuwachsen.

Abstimmung

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: Das Postulat Nr. 3057 wird an den Gemeinderat überwiesen.

Fragestunde

Frage 1

„Erneute Ereignisse bei der Firma CABB“ (Gert Ruder, SP-Fraktion)

GR Urs Hess: Frage 1: *Hat der Gemeinderat Kenntnis, welche Massnahmen die kantonalen und alle anderen Aufsichtsbehörden beschlossen und umgesetzt haben, um eine wirkliche Verbesserung dieser unüblichen Häufung von Schadenfällen entgegen zu wirken? Wenn JA, was ist das? Wenn NEIN ist der Gemeinderat Willens das z. H. des Einwohnerrates in Erfahrung zu bringen?* Da müssen wir nichts in Erfahrung bringen; uns ist dies bekannt. Die Firma CABB unterliegt als Störfallbetrieb der Aufsichtspflicht des Kantons. Daher weiss der Kanton alles und informiert die Gemeinde entsprechend. Die Firma CABB hatte in den vergangenen Jahren Ereignisse, die uns nicht oder nur teilweise bekannt waren und wurde auch nicht über Ereignisse innerhalb des Betriebsgeländes informiert. CABB hat aus diesen Vorfällen Lehren gezogen, sich eine neue Informationspolitik zugelegt und ist daran, auch Sachen, die sie nicht mitteilen müsste, zu kommunizieren. Das letzte Ereignis stellt keinen Störfall dar, sondern ein Ereignis, das unter der Schwelle der Störfallverordnung liegt. CABB weist in Pratteln 350 Arbeitsplätze auf und stellt überhaupt den grössten Produktionsstandort der CABB dar, ist also ein Werk von einer grossen Bedeutung für unsere Region. Es werden relativ viele Grundprodukte hergestellt, die unsere umliegende chemische Industrie benötigt. Wir wissen, was dies alles ist. CABB wird informieren und der Gemeinderat weiss, was der Kanton macht, respektive welche Auflagen kommen werden. CABB ist dem Sicherheitsinspektorat unterstellt, das entsprechende Massnahmen ausspricht. Dazu gibt es weitere Aufsichtsorgane wie

SUVA und KIGA, die entsprechende Bewilligungen für solche Arbeiten erteilen. Frage 2: *Die Firma CABB plant einen Tag der offenen Tür. Ist der Gemeinderat davon überzeugt, dass die Sicherheit der möglichen Besucher gewährleistet werden kann?* Ja. Der Gemeinderat ist überzeugt, dass für die Besucher keine unmittelbare Gefahr besteht. Es ist wie alles im Leben; es gibt keine hundertprozentige Sicherheit und für den Fussgänger ist sogar der Velofahrer ein potenzielles Risiko. Die Sicherheit in einem solchen Betrieb wird von KIGA und SUVA sichergestellt. Daher ist dies für uns kein Problem. Der Gemeinderat hat immer Informationen, wenn in der CABB etwas vorfällt und seit Veränderungen in der Informationspolitik stattgefunden haben, ist es viel besser und die offene Informationspolitik positiv spürbar.

Gert Ruder: Ich danke für die Beantwortung und denke, dass nur teilweise beantwortet wurde. „*Wenn NEIN, ist der Gemeinderat Willens das z. H. des Einwohnerrates in Erfahrung zu bringen?*“ wurde nicht beantwortet was und welches die Auflagen der Aufsichtsbehörde sind, damit die Situation nun wirklich besser wird, wissen wir nicht. Vielleicht kann dies Gemeinderat Urs Hess noch ergänzen.

GR Urs Hess: Es handelt sich um Auflagen und anderes, die das Sicherheitsinspektorat direkt mit der CABB abmacht und diese gelangen nicht an die Öffentlichkeit. Der Gemeinderat ist aber im Bild, was dort vorgeht.

Die Frage ist beantwortet.

Frage 2

„Sanierung Bahnhofstrasse“ (Andreas Seiler, FDP-Fraktion)

GR Stefan Löw: Frage 1: *Ist die gemäss AFP für die Jahre 2020 und 2021 geplante Umgestaltung der Bahnhofstrasse realistisch und finanzierbar?* Der Zeitplan zur Umgestaltung ist sehr ambitiös. Vermutlich ist die geplante Umgestaltung der Strasse in den Jahren 2020 und 2021 zu früh, da auch die Quartierplanung Bahnhofstrasse vorgängig realisiert werden soll und es dürfte wohl 2021/2022 werden. Die Realisierungskosten sind im Finanzplan enthalten. Frage 2: *Zieht der Gemeinderat alternativ in Betracht nur die Fahrbahnoberfläche zu sanieren?* Nur die Sanierung des Strassenbelages auszuführen wäre theoretisch auch möglich. Eine Attraktivitätssteigerung wird damit aber in keiner Weise erreicht. Weil die Bahnhofstrasse Tempo 50 aufweist, muss sowieso lärmschutztechnisch saniert werden (Lärmsanierungsprojekt gemäss Vorgabe Bund). Dies muss ebenfalls mit der Sanierung der Werkleitungen usw. koordiniert werden und es dürfte einen Flüsterbelag eingebaut werden. Wenn der Flüsterbelag eingebaut ist, lassen sich dort keine Flickstellen mehr errichten, sodass sehr genau koordiniert werden muss. Frage 3: *Bis wann könnte die Fahrbahn saniert werden?* Eine Belagssanierung könnte allenfalls ins Budget aufgenommen werden. Die notwendigen Unterhaltmassnahmen werden weiterhin durchgeführt und auch ein grösseres Stück würde, falls notwendig, wieder in stand gestellt.

Die Frage ist beantwortet.

Geschäfte Nr. 3058, 3061, 3062, 3064 und 3065 nicht behandelt.

Die geplante ausserordentliche Sitzung vom 4. September 2017 ist abgesagt.

Die Sitzung wird um 22.10 Uhr beendet.

Pratteln, 8. September 2017

Für die Richtigkeit

EINWOHNERRAT PRATTELN

Der Präsident

Das Einwohnerratssekretariat

Emil Job

Joachim Maass